

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2013

63. Jahrgang, Nr. 733/4

Sorgen, Unruhe, Auflösung? Was passiert mit der VOS im Jahr 2014?

Wird es den Verband im nächsten Jahr nicht mehr geben, sondern nur kleine Landesverbände?

Anlässlich der unverhofft aufgetretenen Schwierigkeiten des Verbandes hat der Bundesvorstand für den Rest des Jahres eine Doppelausgabe der Freiheitsglocke beschlossen, die zugleich die letzte nach 63 Jahren sein könnte.

Lesen Sie nachstehend den Beitrag des Redakteurs Alexander Richter, in dem Ein- und Ausblicke zur Situation gegeben werden. Weiterhin im Innenteil ein Sachstandsbericht des Bundesvorstandes der VOS sowie eine Solidaritätserklärung des Vorsitzenden der UOKG Rainer Wagner (Seiten 4 und 5), der auch Mitglied in der VOS ist.

Die VOS steht kopf. Anders kann ich es im Moment nicht beschreiben. Nachdem ich in der letzten Ausgabe in meiner persönlichen monatlichen Kolumne geschrieben hatte, dass die Finanzen des Verbandes gesund seien und ich von dieser Aussage auch fest überzeugt gewesen bin, setzte es von einzelnen Mitgliedern empörte, teils auch pöbelhafte Vorhaltungen, in denen ich der Verbreitung einer Falschmeldung bezichtigt wurde. Die Tatsachen sähen so aus: Gegen die VOS seien untilgbare Zahlungsaufforderungen erhoben worden und der Verband befände sich unrettbar vor der Auflösung, denn wir stünden vor einer Insolvenz. Eine Fortführung der Verbandstätigkeit solle besser in einzelnen Landesverbänden stattfinden.

Dies dann ohne das Erscheinen der Freiheitsglocke, deren Existenz nach 63 Jahren somit der Vergangenheit angehöre.

Zudem erschien Ende Oktober in einer Berliner Boulevard ein Beitrag, in dem eben diese Behauptungen in angedeutet reißerischer Sprache wiederholt und mit mutmaßlichen Kon-

sequenzen bereichert wurden. Dabei mag dahingestellt bleiben, wer die Zeitung mit den entsprechenden Informationen versorgt hat. Fakt ist, dass eine solche Veröffentlichung kaum von der Motivation geleitet sein dürfte, der VOS zu helfen, sondern vielmehr sie zu zerschlagen.

Wie sieht es nun aber mit den Finanzen der VOS aus?

Eine ausführliche Stellungnahme seitens des Bundesvorstandes findet sich im Innenteil dieser Ausgabe. Darin ist dargestellt, wie es zu diesen so unverhofft erhobenen Forderungen gekommen ist und welche Höhe sie rein formell ausmachen. Man sollte den Text jedoch genau lesen, denn inzwischen wurde unter anwaltlicher Beratung nach einem Weg gesucht, um eine deutliche Abschwächung in der Forderungshöhe zu bewirken. Sollte dies gelingen – und davon gehe ich persönlich aus – dann hat die VOS

die Möglichkeit, die Forderungen zu tilgen und somit in der bisherigen Form weiter zu bestehen.

Angesichts der erhobenen Forderungen sind nun in einigen Landesverbänden Bestrebungen entstanden, die VOS als Bundesverband aufzulösen und sie dann als einzelne Landesverbände weiterzuführen. Damit soll gesichert werden, dass die Bundesländer, die bis jetzt Fördermittel an die VOS-Landesverbände vergeben, dies auch weiterhin tun. Diese Bestrebungen äußern sich teils konkret in schriftlichen Aufforderungen an die Mitglieder, der Bundes-VOS den Rücken zu kehren und auf ein extra eingerichtetes Konto Beitragssummen zu überweisen.

Die Art dieses Vorgehens ist erstens nicht loyal, und zweitens ist sie amoralisch, es ist der klassische Dolchstoß für einen Verband, dem man den Untergang wünscht und den man zugleich noch ordentlich ausplündern möchte.

Abgesehen davon ist anzuzweifeln, ob die Gründung neuer Verbände und die Eintragung in das Vereinsregister innerhalb weniger Wochen vorstattgehen. Für einen eingetragenen Verein sieht das Vereinsrecht mindestens sieben Mitglieder vor. Als lange existierender Verband wissen wir, dass die zuverlässigen und authentisch geprägten Kandidaten für Kommunismus-Opferverbände nicht eben auf den Bäumen wachsen und man sie dort nur abzupflücken braucht.

→ Seite 2 oben

Auf ein Wort des Redakteurs

Natürlich haben alle Kameradinnen und Kameraden aus unserem Verband das Recht, aus der VOS auszutreten und einen anderen Verband zu gründen oder sich diesem anzuschließen. Das ist in der Vergangenheit nicht nur einmal geschehen, und man sollte das akzeptieren. Es gibt ja genug SED-Opfer, die zwei oder mehreren Verbänden angehören. Aber man sollte auf jeden Fall abwarten, was mit der Bundes-VOS geschieht. Falls es den Gesamtverband nachher wirklich nicht mehr geben sollte, was ich jedoch für unwahrscheinlich halte, hat man immer noch die Möglichkeit, einem Landesverband beizutreten. Obwohl ich deutlich sage: Eigenständige Landesverbände können nicht die Lösung sein! Kein Bundespolitiker wird sich ernsthaft für die dann entstehenden Grüppchen interessieren. Und dass die Fördermittel „einfach so“ verteilt werden, ist schlicht Illusion. Das Herz der VOS kann nur schlagen, wenn es einen handlungsfähigen, freigeählten Bundesvorstand gibt.

Mir persönlich macht außerdem die personelle Struktur der VOS große Sorgen. In einigen „Alten“ Bundesländern existieren realiter keine funktionierenden Landesverbände mehr. Dort leben die Kameradinnen und Kameraden, die die VOS vor sechzig Jahren aufgebaut und darin ihre Heimat gefunden haben. Sie befinden sich nun überwiegend in einem Alter, in dem sie nicht mehr reisen können. Leider ist es in vielen westdeutschen Regionen nicht gelungen, Kommunismus-Opfer aus jüngeren Generationen für die Verbandsarbeit zu gewinnen, damit diese die VOS vor Ort weiter tragen könnten. Trotzdem erwarten die Älteren – was ich keineswegs als unberechtigt ansehe – nach Jahrzehnten voller Aktivitäten, dass ihnen die VOS etwas für ihre Lebensleistung zurückgibt. Damit ist vor allem die Monatsausgabe der Freiheitsglocke gemeint, in der sie über die politisch aktuellen Ereignisse und über das Verbandsleben informiert werden. Die Freiheitsglocke könnte nach einer Zerschlagung der VOS in Landesgrüppchen nicht mehr

existieren. Auch wenn man sie als Teil des Stacheldrahtes weiterführen würde, wäre sie nicht mehr das, was sie immer noch ist: das Flaggschiff und das Sprachrohr des Verbandes. Die Zeitung wird nicht nur von unseren Mitgliedern gelesen, sondern auch an Stellen und von Leuten, von denen es viele nicht wissen. Nicht wenige Bürger haben sie abonniert. Wenn sie verschwindet, bleiben nicht nur die neunzig- und achtzigjährigen Mitglieder auf der Strecke, sondern es verschwindet ein großes Stück der Identität der Opfer des Kommunismus, der lebenden wie auch der toten.

Mit dieser Aussage will ich allerdings nicht die Bedeutung des *Stacheldraht* abwerten. Der *Stacheldraht* ist eine hochwertige Monatszeitung, die mit hoher Professionalität und mit mindestens so viel Herzblut wie die Freiheitsglocke gemacht wird und deren Berichterstattung auch die kleinen Vereine und Initiativen erreicht und ihnen Leben einhaucht. Aber allein die Tatsache dass es zwei Zeitungen mit derselben Thematik und einem bundesweiten Erscheinungsmodus gibt (oder gab), unterstreicht die Bedeutung, die der Widerstand gegen das einstige sozialistische Regime für dessen Zusammenbruch immer noch hat.

Wie soll es weitergehen? Kann es überhaupt weitergehen?

Die Antwort muss der Bundesvorstand geben. Er ist auch die Instanz, die handeln muss und die bereits handelt. Die große Mehrheit der Mitglieder spricht dem Kameraden Hugo Diederich hierzu das Vertrauen aus. Es ist meines Erachtens kein geeigneter Kandidat in Sicht, der sich als Alternative zum jetzigen Bundesvorsitzenden bewerben könnte.

Es geht darum, die finanziellen Belastungen gering zu halten und eine sofortige Tilgung der Schulden durchzusetzen. Auch die Spendenbereitschaft muss steigen. Wenn jedes Mitglied einen angemessenen Betrag spendet, könnte die Schuldenlast schneller abgetragen sein als es zurzeit für möglich gehalten wird.

Sollte es nicht gelingen, so könnte die hier vorliegende Ausgabe

der Freiheitsglocke die letzte sein. Es wäre tragisch, aber es sind in der Zeit nach dem Mauerfall viele Zeitungen aus der Leselandschaft verschwunden.

Immerhin haben wir durch die Freiheitsglocke viel erreicht. Wir konnten zu vielen Anlässen verdiente Kameradinnen und Kameraden würdigen, wir haben Schicksale aufgearbeitet und zuweilen auch ordentlich Dampf abgelassen, wenn wir politische Entscheidungen nicht nachvollziehen konnten. Nicht zuletzt habe ich bis zum Überdruß immer wieder die Notwendigkeit einer Rente für SED-Opfer thematisiert, bis wir sie – als es viele schon nicht mehr glaubten – auf einmal durchgesetzt hatten.

Da ich (immer noch) Bücher schreibe und verlege und mich im möglichen Zeitrahmen an der Bewältigung sozialer Aufgaben beteilige, trifft mich ein mögliches Verstummen der „Glocke“ nicht ganz so hart. Die Redaktionsarbeit ist immer mit großen Anstrengungen und Zeitdruck verbunden (gewesen). Das Honorar stand auch in keinem Verhältnis zum Aufwand, und es waren – gerade wegen der vorausgegangenen Ausgabe – nicht nur Dankbarkeit und Freundlich-Sein, die zurückkamen.

Allerdings hatte ich nun doch den Blick nach vorn gerichtet und die nächste „runde“ Ausgabe im Visier gehabt. Ich glaube, 750 Monatsausgaben einer Zeitung zu veröffentlichen, wovon dann fast ein Drittel auf meine Tätigkeit gefallen wäre, ist in der heutigen Ära schon ein kleines Wunder. Ich danke aber all jenen, die mich in dieser langen Zeit nicht allein gelassen haben; sei es durch kritische Anmerkungen zu meiner Arbeit oder durch nicht ganz leicht zu entziffernde Beiträge.

Ich selbst habe die gedruckten Fg-Ausgaben in gebundenen Bänden archiviert, so dass sie nicht verloren gehen. Die Erinnerungen, die sich mit dem verbinden, was mit der Freiheitsglocke und der VOS zu tun hat, trage ich allerdings in mir. Es ist ein Stück Leben, das mir keiner nehmen kann.

*Vielleicht (und hoffentlich doch)
bis zum nächsten Jahr
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

Titelseite/ Redaktionsthema:

Die VOS, die Freiheitsglocke – ist die (gemeinsame) Zukunft nun vorbei?

Eine Betrachtung zur Situation unseres Verbandes nach fast 64 Jahren Bestehens 1 - 2

Es sind Fehler gemacht worden, aber es geht ganz sicher weiter mit der VOS

Der Bundesvorsitzende der VOS Hugo Diede- rich mit einer Erklärung zur Lage 4

Die Zeichen stehen auf Solidarität

Vorsitzender der UOKG unterstützt den Verband 5

Für Widerstand und der Aufarbeitung

Erinnerung an Kamerad Bernd Eisenfeld 5

Zeitzeugenprojekt NRW geht neue Wege

Fg-Redakteur Richter und Projektleiter von Dechend halten Vortrag im Strafvollzug Köln 6 - 7

Diesmal kamen die Sowjet-Panzer nicht

Vor 24 Jahren: Herbst 1989 – das Volk steht auf 8

Vergesslichkeit oder Undankbarkeit?

Die Wahlen, die Koalition und die Opferrente 8

Sonne, Mond und Linke

Das Ende der Sankt-Martins-Gans? 9

Das Andenken in Ehren halten

Eine Erinnerung an Dietmar Mokros 9

Gefangen, verurteilt, verschwunden

Über das aktuelle Buch von Ellen Thiemann 10 - 11

Wissenschaftlich betriebene Fälschung?

Historiker sind schlauer als Zeitzeugen 12

Verzeihen des Unrechts als Barbarei

Wie gehen wir mit der Geschichte um 12

Auf der Suche nach den letzten Spuren

Lutz Utecht deckt verschollene Schicksale auf 13

Politik für das Volk oder das Volk für die Politiker

Am Ende langer Koalitionsverhandlungen 14

Es ist fraglich, ob es der richtige Weg ist

In Sachsen-Anhalt treten die ersten Mitglieder aus der Bunde-VOS aus. Das ist bedauerlich 15 - 16

Die VOS wirkt nur nach außen geschlossen

Über den Umgang mit Führungskräften der VOS 16

Eine Festschrift, die auch Lücken hat

Die JVA Untermaßfeld arbeitet 200 Jahre ei- gene Geschichte mit Hochglanz auf. Die Kommunismus-Opfer fehlen jedoch 17

Workuta bleibt unauslöschlich

Aufarbeitung mit den kleinen Dingen, aber mit einem großen, ehrlichen Herzen 18

Aus der Literaturlandschaft nicht wegzudenken

Von der Bedeutung der jüngst verstorbenen Ver- legerin Anita Tykve wissen nur wenige 19

Er ist immer wieder und immer noch aktiv

Kamerad Rolf Wiese mit der Selbsthilfegruppe 20

Als Zeitzeuge immer im Einsatz

Ein gutes Beispiel in Riesa 20

H Ä F T L I N G S S C H I C K S A L:

Der Kampf gegen die eigene Erschöpfung

Haftleiden von Heinz Unruh. 10. Folge 21 - 22

Am Ende half nur noch Morphium

Gerhard „Charly“ Rau wurde nicht mal 60 Jahre 23

Pest, Cholera oder Krebs – Kommunismus:

Krankheit oder Seuche

Professor Brendel mit 85 Jahren verstorben 23

Das Trugbild war zerbrochen

Als die „braven DDR-Bürger“ vor 24 Jahren aus ihrem sozialistischen Schlaf gerissen wurden 24

Leserbriefe, Info 5, 12, 16

Zitat, Gedichte 12, 13, 14, 18, 24

Nachrufe 19, 23

Impressum 24

Spender für die VOS

Ingolf Braungart, Christian Lappe, Karl-Heinz Hammer, Gün- ther Müller, Hede und Paul Ehrlich, Erika und Horst Herbrich, Horst Lindemuth, Günter Jäger, Dorothee und Eberhard Pohl, Dr. Bernd Palm, Klaus-Dieter Jakob, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Heinz Unruh, Helmut Stelling, Jürgen-Kurt Wenzel, Dr. Oswald Gürtler, Ulrich Schnuchel, Ingrid und Gert Merten, Erna und Bernhard Harz, Klaus Noack, Hannelore und Armin Bernecker, Gottfried Walther, Ingrid Schmidt, Annerose und Rodolf Lenkisch, Horst Schultz, Helmut Günther, Karla und Dieter Bachmann, Rosemarie und Erich Marzahn, Udo Jahr, Waltraud und Heinz Noack, Waldemar Döring, Horst Holtz, Klaus Bartholomay, Dr. Barbara Haslbeck und Dr. Hendrik Hansen, Karla und Karl Büchner, Karl-Heinz Ulrich, Rudolf Schrader, Gisela und Hubert Gärtig, Hnas Stein, Walt- raud Ewert, Jakob Weisbrod, Fritz Schaarschmidt, Wolf-Peter Rubner, Bernd Noll, Karl-Heinz Werner, Gerd Ahnert, Martin Rabe, Gerhard Janson, Rita Friedemann, Max Haller, Werner Mieth, Jürgen Stahf, Ferdinand Gesell, Erich Keppeler, Heinz- Jürgen Klein, Bringfried Schneider, Helmut Günther, Peter Leuteritz, Erhard Dannehl, Robert Kneip, Udo Michelmann, Klaus Junghans, Erik Hofmann, Irene und Bruno Nietzwetzki.

**Lieber Kameradinnen und Kameraden,
bitte beachtet den neuerlichen Spenden-
aufruf auf Seite 22!**

Dank und Wünsche an alle

Bundesvorstand und Redakteur danken für die zahlreichen, von Herzen und aus tiefer Verbun- denheit kommenden Spenden. Alle Verantwortli- chen werden sich mit ungeminderter Kraft für ein Fortbestehen der VOS in der gehalten, der geein- ten Form einsetzen.

Allen Kameradinnen und Kameraden wünschen wir **ein friedvolles Weihnachtsfest und ein ge-
sundes, ungetrübes und einiges neues Jahr mit
Glück für die Familien und uns alle.**

Bundesvorstand/ Redakteur

Nach Redaktionsschluss erreichte uns noch die Nachricht, dass der **Koalitionsvertrag** zwischen der Union und der SPD auch **eine „Anpassung“ unserer Opferrente** an die gestiegenen Lebens- haltungskosten vorsieht. Auch wenn konkrete Angaben noch ausstehen, sehen wir, dass sich unser langes, unnachgiebiges und oft aussichts- los scheinendes Bemühen wiederum gelohnt hat. Zugleich erfahren wir einmal mehr, dass wir doch immer noch unsere Bedeutung wahren konnten. Das gibt Kraft für weitere Aufgaben und Ziele – so schwer manches auch scheint.

Es ist ein großes Problem, aber auch eine Herausforderung für die VOS

Am 29.11.2011 wurde gegen Hugo Diederich eine Strafanzeige wegen des Vorenthaltens von Arbeitsentgelt gemäß § 266 STGB erstattet. Erst im Frühjahr 2012 erfuhren wir als Bundesvorstand durch das Internet davon. Die Akte wurde von der Staatsanwaltschaft an das Hauptzollamt Berlin übergeben und über einen Rechtsanwalt von dort zur Einsichtnahme angefordert. Die Anzeige war von einer Frau S. aus Leipzig erstattet worden, die nicht Mitglied der VOS e.V. ist, die jedoch konkrete Detailkenntnisse von der VOS zu haben scheint. In der Folge prüfte die Deutsche Rentenversicherung Bund, Abt. Prüfdienst (DR) in der Geschäftsstelle die Unterlagen und stellte mit Bescheid vom 02.10.2013 fest, dass für drei für die VOS tätige Personen keine Sozialbeiträge abgeführt worden waren. Dem Bundesvorstand wurde zugleich unterstellt, dieser hätte "bedingt vorsätzlich", keine Sozialabgaben abgeführt.

Vorsätzlichkeit bedeutet, die D R kann bei nicht geleisteten Zahlungen dieselben bis zu dreißig Jahre zurückfordern und zudem Säumniszuschläge in Rechnung stellen.

Der Bundesvorstand weist den Vorwurf der Vorsätzlichkeit jedoch entschieden zurück, da z.B. Herr Hugo D. bewusst auf seine Rentenversicherungsbeiträge verzichtete!

Es handelt sich im Wesentlichen um zwei Verträge, die mit geschäftsführenden Bundesvorstandsmitgliedern (gBV-M) abgeschlossen wurden. Diese dürfen mit einem gemeinnützigen Verein keine Arbeitsverträge abschließen.

Nun wurde festgestellt, dass gBV-M Verträge mit dem Verein sozialversicherungspflichtig sind, so sie ausschließlich mit Arbeitsmaterialien des Verbandes arbeiten als auch dessen Büroräume zum Arbeiten nutzen. Dem Vertrag zwischen Hugo D. und dem Bundesvorstand ging 2004 die Beratung bei einem Rechtsanwalt voraus. Die Auskunft des Anwalts war ausschlaggebend für den Dienstleistungsvertrag. Herr Hugo D. meldete ein Gewerbe an und stellte dem Verein eine monatliche Rechnung. Als Selbständiger führte Hugo D. Steuern und Sozialabgaben regelmäßig ab. Bei einer

Lohnsteueraußenprüfung des Finanzamtes im Januar 2013 wurde der Vertrag mit Herrn Hugo D. nicht beanstandet. Die nicht gezahlten Beiträge gehen somit nachweislich auf die falsche Beratung durch den Rechtsanwalt zurück.

Ein weiterer Vertrag mit dem früheren Vorstandsmitglied Herrn L. hatte zum Inhalt, dass dieser seine Steuern und Abgaben selbst abführt. Es wurde ihm daher die von ihm geforderte Summe der LSTU Berlin, Brutto gleich Netto, ausbezahlt.

Der Bundesvorstand teilt mit

Bei Herrn L. haben wir in Treu und Glauben den Vertrag, den Herr L. selbst (!) verfasst hatte, unterschrieben, hatte er doch einen weiteren Vertrag mit der Tagesschau in Hamburg vorgelegt, wodurch uns seine Forderung zulässig erschien.

Leider sind wir mehrfach falschen Informationen und Beratungen aufgesessen. Gutgläubigkeit und Vertrauen sind nicht nur gute Eigenschaften. Den Schaden trägt die ganze VOS. Es fragt sich: Kann sie das verkraften?

Was wurde bisher durch den Vorstand unternommen, um aus der misslichen Situation herauszukommen? Die DR hat die Einzugsstellen, sprich Krankenkassen, umgehend veranlasst, die geforderten Gelder bis zum 27.11.2013 einzuziehen, was bei der Höhe der Forderung bedeutet hätte, die VOS müsste Insolvenz beantragen. Wir gingen sofort, schon ein erstes Mal bei der Anhörung, in Widerspruch gegen den Bescheid. Dieser wurde abgelehnt und liegt nun im Widerspruchsverfahren bei der DR- Widerspruchsstelle. Gleichzeitig beauftragten wir einen Rechtsanwalt, beim Sozialgericht in Berlin einen Antrag auf Aussetzung der Vollstreckung zu stellen und in den Widerspruch zu gehen, mit Erfolg! Deshalb verzichtet die DR vorerst auf eine Vollstreckung. Ein Verfahren vor dem Sozialgericht wird wahrscheinlich innerhalb der kommenden zwei Monate eine Entscheidung bringen.

Es muss nochmals klargestellt werden: Niemand hat sich bereichert oder sich Geld in die eigene Tasche gesteckt, sondern die VOS wurde schlecht beraten und von eigenen Mitgliedern hintergangen. Inwieweit Kräfte am Werk waren, die schon immer unsere **Vereinigung der Opfer des Stalinismus** vernichten und diskreditieren wollten, versuchen wir nachzuweisen. Fakt ist, dass wir Sozialversicherungsbeiträge nunmehr nachzahlen müssen, die bei tauglicheren Verträgen ebenso angefallen und abzuführen wären, auch in der jetzt anstehenden Größenordnung! Das haben die Bundesvorstände der VOS fast ein Jahrzehnt lang versäumt, wobei sie immer der

Überzeugung waren, richtig zu handeln. Diese Feststellung ist unwiderruflich, auch wenn **kein Vorsatz**, sondern fehlende Fachkompetenz und missbrauchtes Vertrauen zugrundelagen. Leider ist man als gemeinnütziger Verein gegen derartige juristische Fallen nicht gefeit.

Der amtierende Bundesvorstand bittet im Namen der beteiligten Vorstände seine Mitglieder um Verzeihung und Verständnis.

Es ging dem Bundesvorstand immer darum, in Zeiten schwieriger Finanzlagen und sinkender Mitgliederzahlen die VOS in ihrer weitverbreiteten Bundesstruktur am Leben zu halten.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, sollte das Sozialgericht unserer Argumentation folgen, werden wir die mögliche Insolvenz mit vereinten Kräften abwenden. Wir sind im 64. Jahr unseres Bestehens und wir haben noch viele Mitglieder, die seit den Fünfziger und Sechziger Jahren bei uns aktiv sind. Sie waren die Säule für das Fortbestehen der VOS, und sie alle warten Monat für Monat auf das Erscheinen der "Freiheitsglocke", da die meisten nicht mehr so mobil wie einst sind. Wir sollten vereint dafür kämpfen, dass wir als überlebende Zeitzeugen der menschenverachtenden kommunistischen Diktatur Paroli bieten. Denn wir werden immer noch gebraucht. Wer sonst hält die Erinnerungen wach?!

*Der Bundesvorstand
Berlin, Dezember 2013*

Ich glaube an Wunder und habe daher immer noch Hoffnung für die VOS

UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner, der Mitglied der VOS ist, steht in der Krise fest an der Seite des Verbandes

Auch außerhalb der VOS ist man auf die Schwierigkeiten unserer Opfervereinigung aufmerksam geworden. Während es Leute gibt, die sich am akuten Konflikt weiden und meinen, jetzt mit der VOS und ihrem Vorstand „abrechnen“ zu müssen, spricht der Vorsitzende des Dachverbandes UOKG, dem die VOS seit mehreren Jahren nicht mehr angehört, den Kameradinnen und Kameraden Mut zu. Egal dass Kamerad Wagner selbst Mitglied der VOS ist, muss man sein vorbehaltloses Bekenntnis hoch anrechnen.

Persönliches Schreiben:

Liebe Kameradinnen und Kameraden der VOS, ähnlich wie sicher die meisten von Ihnen war auch ich zutiefst betroffen, als ich von der gegenwärtigen Krise der VOS erfahren habe. Immerhin bin auch ich schon 29 Jahre VOS-Mitglied. Es bewegte mich zutiefst, dass der älteste und durch seine Landesverbände einzige deutschlandweite Häftlingsverband vor dem eventuellen Aus steht.

Ich denke, soweit darf es nicht kommen!

Wenn die VOS als Bundesverband aufhört zu bestehen, hätten wir Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft eine unserer wichtigsten Stimmen in Deutschland verloren. Die über 60-jährige, unter vielen Opfern aufgebaute Arbeit vieler Leidensgefährten wäre am Ende. Unsere alten Feinde aus SED und Stasi hätten 24 Jahre nach dem Untergang ihres Terrorregimes einen erneuten Triumph zu verzeichnen.

Auch dazu darf es nicht kommen!

Aus diesem Grund werde ich alle Kraft einsetzen, sowie all meinen Einfluss geltend machen um zu helfen, dass unsere Vereinigung VOS eine Zukunft behält.

Natürlich gab es in der Vergangenheit manche Missverständnisse und Spannungen. Sie waren für das Ansehen von uns Opfern der kommunistischen Terrorherrschaft nicht zum Vorteil. Aber vielleicht bietet die gegenwärtige Krise die Chance zu neuer und starker Gemeinsam-

keit. Denn gemeinsam ist die Stimme der Opfer immer noch unüberhörbar.

Wenn die VOS ihre existenzbedrohende Krise sauber aufarbeitet und übersteht, wird die gemeinsame Stimme von VOS und UOKG deutlicher vernehmbar sein als zu Zeiten des getrennten Weges. Ich glaube an Wunder und habe daher immer noch Hoffnung für unsere Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS). Fehler und Versäumnisse müssen aufgearbeitet werden. Aber unser Auftrag bleibt.

Deshalb muss es weiter gehen.

Vor uns liegen noch große Bewährungsproben.

Die in Linkspartei umbenannte SED sitzt in fast allen Parlamenten und verharmlost die totalitäre Vergangenheit von SBZ und DDR. Sie gilt jetzt sogar als möglicher Partner einer rot-rot-grünen Bundesregierung. Den Opfern des SED-Regimes aber geht es wirtschaftlich schlechter als den ehemaligen Mitläufern und Stützen der DDR-Diktatur.

Durch den gemeinsamen Kampf der Opfer und ihrer Verbände besteht immer noch die Chance, der Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts unsere Handschrift mit zu verleihen.

Eine Überarbeitung der teilweise unzureichenden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze muss von uns vorangetrieben werden. Ein würdiges Gedenken und eine angemessene Entschädigung der Opfer muss von uns durchgesetzt werden.

Vor allem aber müssen wir unsere Stimme wieder öffentlich für Freiheit und Demokratie, für die wir gelitten haben, hörbar machen. Die ganze Gesellschaft, aber vor allem die junge Generation, braucht dieses Zeugnis. Wer kann es besser als wir? Denn Freiheitsliebe ist eine Zuchthauspflanze.

Wir müssen dafür sorgen, dass sie blüht und gesehen wird.

*In kameradschaftlicher
Verbundenheit grüßt
Rainer Wagner
Bundesvorsitzender der UOKG*

Achtung!

Der VOS-Landesverband Sachsen in Leipzig ist umgezogen. Der neue Beratungsort befindet sich ab 1.1. 2014 in der

**Altenburger Str.13
04 275 Leipzig
Foyer Mediengarten - Media City**

Tel.0151 172 93897

E-Mail: f.nemetz@vos-ev.de

Ansprechpartner:

Frank-M. Nemetz

Dienstag 12:00 bis 14:00 Uhr
(nach tel. Vereinbarung)

Der Internettipp in der Fg Bernd Eisenfeld

Kamerad Christian G. Ebert erinnert an einen vorzüglichen Streiter für die Demokratie und die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Unter Eingabe „Herr Eisenfeld: Fliehen und Ausreisen aus der DDR“ findet man bei You tube das von Christian G. Ebert eingestellte Video über den DDR-Regimekritiker. Eisenfeld, der viel für die Aufarbeitung getan hat, starb bereits im Jahr 2010. Er wurde keine sechzig Jahre alt.

Eisenfeld hatte in der DDR Finanzwirtschaft studiert und arbeitet nach dem Studium im Bankwesen. Als er 1966 zur „Nationalen Volksarmee“ als Wehrpflichtiger einberufen werden sollte, verweigerte er standhaft den Dienst an der Waffe und wurde Bausoldat.

Die Weigerung zog fast zwangsläufig die spätere Entlassung aus der Bank nach sich. Eisenfeld wurde dadurch noch kritischer dem SED-Staat gegenüber. Er nahm Kontakt zu anderen Oppositionellen auf und stellte Flugblätter her, die er in Berlin verteilte.

Er wurde umgehend verhaftet und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. 1975 durfte er in die Bundesrepublik ausreisen. Nach dem Mauerfall wurde Eisenfeld ein wichtiger Akteur bei der Aufarbeitung des kommunistischen Regimes. Mit Schriften, Buchbeiträgen und in Interviews brachte er sein Insiderwissen zum Ausdruck. Mehrere Aufnahmen sind bei you tube zu sehen. V. Bosse

Ein bisschen Gruseln ließ sich nicht vermeiden

Fg-Redakteur Alexander Richter und der Leiter des Zeitzeugenprojekts NRW Detlef von Dechend mit einem Vortrag in der Justizvollzugsanstalt von Köln-Ossendorf – die Resonanz war erstaunlich

Mit gänzlich neuen Erfahrungen wartete das Zeitzeugenprojekt der VOS in NRW im Oktober auf. Trauten die Teilnehmer des Projekts bisher vornehmlich an Schulen oder studentischen Bildungseinrichtungen auf, so ergab sich für den 15. des Monats eine Anfrage aus der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf, einer Einrichtung, die am Rande der rheinländischen Metropole liegt und in der in den 1970er Jahren auch inhaftierte Mitglieder von terroristischen Gruppierungen verwahrt wurden.

Wie viele und welche Art von Gefangenen aktuell in dieser JVA Strafen abzubüßen haben, war konkret nicht in Erfahrung zu bringen. Dies wäre als Information für das Zeitzeugenprojekt auch nicht vorrangig gewesen. Von Bedeutung ist vielmehr die Tatsache, dass der Vollzug nicht nur der Verbüßung von Haftstrafen dient, so wie es einstmals als drastische Form für politisch und kriminell Verurteilte in der DDR galt, sondern dass Resozialisierung und Weiterbildung, sofern die Bereitschaft bei den Verwahrten vorhanden ist, perspektivisch die Grundanliegen sind.

Innerhalb des Resozialisierungskonzepts erhalten die Häftlinge auch die Möglichkeit, am schulischen Unterricht teilzunehmen und Abschlüsse wie das Abitur zu erreichen. Der Aufwand, der hierfür seitens der JVA und auch der zuständigen Bildungseinrichtung betrieben wird, ist nicht eben gering. Müssen doch die entsprechenden Sicherheitsvorschriften für Bus-Transporte, Räumlichkeiten und Bewachung der Verwahrten eingehalten werden. Hierzu bedarf es geschulten, zuverlässigen Personals und hinreichender technischer Voraussetzungen.

Vor allem wäre dieses Bildungsangebot nicht möglich, hätte nicht das Abendgymnasium Köln das Angebot gemacht, die lernwilligen Inhaftierten in sein Bildungsprogramm aufzunehmen und eine Abiturklasse für die JVA einzurichten. Somit wurde das Abendgymnasium für die Lehrveranstaltung der eigentliche Projektpartner des Zeitzeugenteams, was (nicht nur in der

Fg) durchaus eine spezielle Würdigung erfahren sollte. Innerhalb dieser Würdigung wäre dann noch die Fachlehrerin Frau Silvia Rösgen-Tervooren hervorzuheben, die sich sowohl um das Zustandekommen der Veranstaltung wie auch um die Teilnehmer aus der JVA mit Nachdruck bemüht.

Zeitzeugen - Arbeit NRW

Dies durfte auch Fg-Redakteur Alexander Richter erfahren, der auf Anforderung dieser engagierten Lehrerin als Referent für die Unterrichtsstunde im Fach Geschichte/ Politik für eine Doppelstunde zum Vortrag über das Thema DDR-Verfolgung-Haft-Freikauf eingeladen worden war. Gemeinsam mit Detlef von Dechend, dem Mitorganisator des Projekts, und Dr. Frank Hoffman, dem wissenschaftlichen Betreuer und Moderator, besuchte das Team die Haftanstalt von Köln-Ossendorf. Sowohl für Richter wie auch für Detlef von Dechend war dies zugleich eine Rückkehr an eine Stätte, die beide – unter viel schlimmeren Bedingungen und aus heute unvorstellbaren Gründen – in der DDR als rechtlose Insassen hatten ken-

Die Verwahrten haben heutzutage mehr Platz, sie werden ausreichend gepflegt, sie haben die Möglichkeit des Kommunizierens, und ihnen sind die Medien zugänglich. All das ist den Gefangenen in der DDR kategorisch verweigert gewesen.

nenlernen müssen. Ein bisschen Gruseln war daher nicht zu vermeiden, egal dass die drei Besucher die Gewissheit hatten, den „Knast“ nach etwa zwei Stunden wieder verlassen zu können.

Immerhin hatte vieles vom äußeren Erscheinungsbild durchaus Ähnlichkeit mit den Gebäudestrukturen eines DDR-Knastes, wobei zu berücksichtigen ist, dass beispielsweise das Zuchthaus Brandenburg noch vor der Zeit der Weimarer Re-

publik errichtet wurde und hier unter der Herrschaft der SED keine baulichen Veränderungen zur Verbesserung der Haftbedingungen erfolgt waren. Im Gegenteil, wurden die Zellen in der DDR-Diktatur mit einer unzumutbaren Zahl von Häftlingen belegt. Dort, wo damals 36 Häftlinge auf engstem Raum gepfercht waren, haben in Brandenburg jetzt maximal zwei Verurteilte ihr Revier.

Ungeachtet dessen, eingesperrt zu sein ist damals wie heute kein brauchbares Lebensgefühl. Und die schweren Eisentüren, die Fangnetze hinter den Geländern und die hallenden Schritte und Rufe in den unendlich lang scheinenden Fluren mindern die Lebensqualität beträchtlich. So gesehen gilt die alte Erkenntnis: Knast ist Knast.

Inhaltlich sind die Verhältnisse allerdings völlig unterschiedlich. Der bundesdeutsche Rechtsstaat hat für Modernisierungen und für Möglichkeiten der Sozialisierung gesorgt. Dazu haben letztlich auch Gerichtsentscheidungen beigetragen – für die DDR undenkbar. Die *Verwahrten* haben mittlerweile mehr Platz, sie werden ausreichend gepflegt, sie haben die Möglichkeit des Kommunizierens, und ihnen sind die Medien zugänglich. All das ist den Gefangenen in der DDR kategorisch verweigert gewesen. Es herrscht keine Kleiderordnung wie im Sozialismus, wo die Häftlinge schäbigste, ausgemusterte Uniformen, in denen gelbe Streifen eingelassen waren, und klobige Schuhe tragen mussten. Würde es all diese Modernisierungen nicht geben, hätte diese außergewöhnliche Unterrichtsstunde in der JVA Köln-Ossendorf nicht stattfinden können.

Wie muss sich jemand, der oder die keinerlei Kenntnis über die Regelungen im Strafvollzug hat, nun eine derartige Unterrichtsstunde im Knast vorstellen? Wie kommt man als Besucher in ein solches Objekt hinein?

Voraussetzung für das Betreten ist, dass man angemeldet ist und bei Erreichen des Objekts ein Anmeldeformular ausfüllt, das zusammen mit dem Ausweis abgegeben werden muss.

→Seite 7 oben

Es folgt ein kurzer Aufenthalt in der Schleuse, anschließend werden die elektronisch betriebenen Gegenstände wie Fotoapparat, Mobiltelefon oder Notebook in einem Schließfach verwahrt. Der nächste Schritt ist die Kontrolle des mitgeführten Handgepäcks. Dies geschieht ähnlich wie am Flughafen mittels Durchleuchtung. Fast gar nicht kontrolliert werden bzw. wurden die mitgeführten Bücher.

Kann man also gegebenenfalls verbotenen Lesestoff, etwa Hetzliteratur, in einem falschen Buchdeckel, einschmuggeln? Die Frage bleibt unbeantwortet.

Hinter der Einlassschleuse erwarten einen die in der Anstalt tätigen Personen. In diesem Fall waren dies die Lehrerin und ein Wachbeauftragter (ohne Uniform). Nach dem Marsch durch endlose Flure und eine große Zwischenhalle erfolgte der Einlass in den Klassenraum, in dem nach und nach die Schüler eintrafen. Wobei anzuführen ist, dass es sich nicht nur (!) um männliche Häftlinge handelte, sondern der Abiturklasse auch Frauen angehören und somit eine Veranstaltung vor „gemischtem Publikum“ stattfand. Hatte das Zeitzeugenteam mit dieser

druckend, dass die Verwahrten trotz der ansonsten vorgegebenen Geschlechtertrennung so fair und kameradschaftlich miteinander umgehen und sich auch während des Vortrags diszipliniert verhielten. Für DDR-Verhältnisse wäre das schwer denkbar gewesen.“

Beeindruckend war nicht nur das soziale Verhalten der Schülerinnen und Schüler. Auch das Frage- und Wissenspotenzial erwies sich als äußerst profund und war durch Kreativität und geistige Frische gekennzeichnet. Es zeigte sich eine ernsthafte Einstellung zu den schulischen Aufgaben, aber auch eine qualitativ solide Vermittlung des Unterrichtsstoffes durch die Lehrkräfte war sichtbar. Ganz sicher hatten die inhaftierten Schülerinnen und Schüler ihre Chance, das Abitur nachzuholen, begriffen. Von jenem anderen DDR-Grundsatz „Knaast stumft ab“ war rein gar nichts zu spüren. Es wurde nach vielen Dingen gefragt: Politische Zusammenhänge, geschichtliche Allgemeinplätze, Haftbedingungen und vor allem Persönliches. Einige Antworten, die auch vom ebenfalls im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert gewesenen Detlef von Dechend

staltung, die Willkür-Behandlung durch das Wachpersonal, zu der auch offene Gewaltanwendung gehörte, sind nur einige Beispiele, die genannt wurden. Auch die Schilderung der DDR-Lebensläufe, bei denen sich zwischen Alexander Richter und Detlef von Dechend viele Schnittmengen zeigten, veranlassten die Hörer zum Staunen und Nachfragen. „In der DDR war in Sachen Bildung nichts dem Zufall überlassen, man hatte eigentlich keinen persönlichen Spielraum und wurde nach der Grundschule in einen weiterbildenden Schulzweig geschoben, der einem keineswegs liegen musste“, schilderte Detlef von Dechend seinen Weg zum Abitur und später zum Studium. Bei Richter lagen die Erfahrungen ähnlich.

Und dann? Nach der Entlassung aus dem Knaast? – Auch diese Fragen wurden gestellt.

Die Antworten fielen vielleicht nicht so aus wie erwartet. „Nach der Ankunft im Westen überkam einen nicht unbedingt die Euphorie, die man vielleicht erwartet hätte. Vielmehr gab es ein seelisches Loch“, Fg-Redakteur Richter erinnert sich mit bedenklicher Miene an jene Zeit, mit der er die Umstellung von der totalen Überwachung im Knaast zur totalen Freiheit und Selbstverantwortlichkeit im Westen, in der Anonymität der Großstadt West-Berlin und nunmehr mit der Mauer – jetzt von der anderen Seite – im Blick, kennzeichnete.

Auch die Frage, mit welcher Einstellung man eine mehrjährige Haftstrafe, wie sie die meisten hier zu verbüßen hatten, durchstehen und was einem Kraft und Mut geben kann, wurde gestellt.

Die Antwort hatte mehrere Facetten: Nicht aufgeben und an das Leben in der Freiheit denken, das ja irgendwann kommen wird. Und schon jetzt darauf achten, dass man nicht den Anschluss an die Gesellschaft verliert und möglichst genau über das Leben außerhalb der Gefängnismauern informiert bleiben – umso leichter wird es, nach der Entlassung aus der Haft in ein neues Leben zurückzufinden.

Winfried Glaubitz

Das Foto (© A.R.) zeigt die JVA Köln-Ossendorf von außen. Innerhalb des Gebäudes konnte nicht fotografiert werden.



Konstellation gerechnet? Die Antwort lautet eindeutig: nein. Dennoch gab es keinerlei Widerspruch oder Bedenken. „Das Verhalten der Klasse war tadellos“, urteilte Richter nach dem Vortrag. „Es ist beein-

kamen, versetzten die Anwesenden dann zusehends ins Staunen. Die Beschwerlichkeiten, sich in der DDR-Haft in medizinische Behandlung zu begeben, die völlig fehlenden Möglichkeiten der Freizeitge-

Nur ein Zeitfenster in der Geschichte

Der November ist der Monat des Mauerfalls

Der November des Jahres 1989 ist der Monat, in dem die Mauer, die Deutschland seit 1961 so drastisch und zunehmend unüberwindlich teilte, ihren todbringenden Charakter verlor. Es heißt bis heute, der Grund für die unverhofft geschaffene Durchlässigkeit sei ein Missverständnis zwischen den damals regierenden Politikern, eigentlich sogar ein Lesefehler, gewesen. Herr Schabowski, der seltene Fall eines schuldbekennenden Ex-Politbüro-Mitglieds, stellt es zumindest so dar.

Kann man das aber wirklich so sehen? War nicht die Situation in der DDR bereits so massiv auf Zusammenbruch gediehen, dass der SED-Staat unrettbar verloren war und der Mauerfall ohnehin hätte folgen müssen? Im ungünstigeren Fall dann sogar nicht ohne Gewalteinwirkung? Wie viele Bürgerinnen und Bürger hatten das Land denn ohnehin schon verlassen?

Mag sein, dass sich mancher dort wie hier den Fortgang der Demos etwas länger gewünscht hätte, dass eine dieser Demonstrationen dann direkt zu einem Grenzübergang geführt und diesen niedergewalzt hätte. Was wäre dann wohl passiert? Hätte es Schüsse gegeben?

Vermutlich nicht, dieser Herbst 1989 war so explosiv wie kaum ein anderer Zeitabschnitt in der deutschen Geschichte. Schüsse auf Demonstranten hätten vermutlich nur noch mehr Menschen auf die Straße gebracht. Wohl niemals hat es einen Staat gegeben, der vom Volk so abgelehnt wurde wie dieses sozialistische System, ein Staat, der nur mit militärischen Mitteln aufrechterhalten wurde. Einem Militär noch dazu, das als Besatzungsmacht ins Land gekommen war und das auf einmal keinen Befehl mehr bekam, die demonstrierenden Massen durch Panzer und Gewehre zu stoppen.

Wenn heute auf diese wenigen Monate des 1989er Aufbegehrens zurückgeblickt wird – was leider immer seltener und flüchtiger geschieht – dann zieht kaum noch jemand den Vergleich mit dem Aufstand von 1953, als es Tote, Verletzte und harte Gefängnisstrafen gab. Damals rollten die Panzer, das Militär griff hart durch. Was wäre gewesen, wenn das Militär im Juni 1953 nicht zur Stelle gewesen wäre? Wäre der Sozialismus damals schon zu Fall gekommen und wir wären frühzeitig zur deutschen Einheit gelangt?

Diese Rückschlüsse sind nur Spekulationen. Und doch möchte man sich vorstellen, dass es in einem früh geeinten demokratischen Staat keine politischen Gefangenen und keine Mauertoten gegeben hätte. Sicher wäre auch die Einigung Europas auf andere Weise verlaufen. Ohne diese mächtige wirtschaftliche Kluft zwischen Nord und Süd und ohne die politischen Kämpfe zwischen Ost und West.

In jenem Jahr 1953 war Stalin gestorben. Eines der größten Monster, das die jüngere Geschichte hervorgebracht hat. Sein Tod war durchaus auch Signal an die Aufständischen. Leider waren mit dem Diktator selbst die Ideologie und das Hegemoniestreben nicht verschwunden. Umso mehr ist es ein Glücksfall und ein schmales Zeitfenster der Geschichte gewesen, dass die Sowjet-Diktatur für ganz kurze Zeit versagte. Gut möglich, dass wir ansonsten noch das politische System aus dem Frühjahr 1989 bei uns hätten. *Valerie Bosse*

Das Vergessen nimmt zu

Erinnerung an den November 1989 schwindet

Es hat keineswegs etwas mit Respektlosigkeit oder Tatsachenverdrängung gegenüber dem Holocaust und dem Gedenken an die Pogromnacht vom 9. November 1938 zu tun, wenn sich die Opfer der SED-Diktatur über das Vergessen ihrer schweren Schicksale beklagen und sich fragen, warum der Tag des Mauerfalls, der genau 51 Jahre später stattfand, in diesem Jahr kaum Würdigung fand. Denn was diesmal durch die Medien ging und was an den Gedenkstätten stattfand, war sozusagen nicht mehr als ein „Pflichtprogramm“. In Nebensätzen wie „Der 9. November ist *auch* der Tag, an dem ...“ wurde jenes Tages gedacht, der wie kein anderer in den letzten fünfzig Jahren dem deutschen Volk eine positive Entwicklung eröffnet hat. Seit jenem November 1989 wurde mit atemberaubender Geschwindigkeit all das beiseite geräumt, was uns Deutsche vierzig Jahre lang gequält, niedergehalten und unterdrückt hat.

Dass es dazu kommen konnte, ist in vielem dem erbiterten, todesmutigen Widerstand der ehemaligen Häftlinge des kommunistischen Regimes zu verdanken. Die Zahl derer, die sich nicht unterkriegen ließen, ist groß, die Formen des Widerstandes waren vielfältig, und die Bußen, die den Mutigen auferlegt wurden, waren hart und unmenschlich. Dass dies zunehmend in Vergessenheit gerät, ist ungerecht. Natürlich stehen die Opfer des Kommunismus auf ewig im Schatten der ungeheuerlichen Verbrechen des Nationalsozialismus. Dennoch sind sie Opfer, und ihre Schicksale dürfen nicht unter den Teppich der Geschichte gekehrt werden.

Wenn wir heute davon reden, dass unsere Jetzt-Zeit viele Probleme und Härten für die Menschen mit sich bringt, so mag dies richtig sein. Aber es ist kein Vergleich mit den Leiden und Verbrechen, die durch staatliche Anordnung in der DDR und zuvor in der SBZ begangen wurden. Und schon gar nicht kann das ein Grund sein, die Opfer des Kommunismus zu übergehen oder sie als nicht mehr zeitgemäß zu bezeichnen. Wer in der SED-Diktatur verfolgt und inhaftiert war, für den war und ist das Leben in der heutigen Gesellschaft nicht das gleiche, das es für Bürger ist, die in einer demokratischen Gesellschaft geboren wurden.

Wenn wir auf die Koalitionsverhandlungen blicken, hören wir Themen wie Umweltschutz, Maut oder Mindestlohn. Niemand redet davon, jenen zu helfen, die die Einheit erst ermöglichten. Würde man in einem Deutschland, das noch geteilt wäre, das Thema Diktatur aussparen? Gewiss nicht.

Nach der Bundestagswahl, die nun auch schon mehr als zwei Monate zurückliegt, hieß es: Es ist genug Geld da, wir brauchen nicht mal die Steuern erhöhen, um soziale Verbesserungen herbeizuführen. Ganz sicher hat sich daran nichts geändert.

Warum aber widmet man in den Koalitionsverhandlungen nicht auch den SED-Opfern ein wenig Aufmerksamkeit? Die von uns angeregte Debatte über die Zwangsarbeit im sozialistischen Strafvollzug und deren Entschädigung wurde ebenso abgebrochen wie man zur Einführung eines Inflationsausgleiches verstummt ist.

Ist es Vergesslichkeit oder Undankbarkeit, die uns entgegenschlägt? *Tom Haltern*

Anfang November sorgte ein offenbar ernst gemeinter Vorschlag eines Politikers aus Nordrhein-Westfalen nicht nur für Erstaunen, sondern sogar für Entsetzen: Man solle das kirchliche Sankt-Martins-Fest, das seit Jahrhunderten in Europa begangen wird, in Sonne-Mond-und-Sterne-Fest umbenennen, damit man in Deutschland lebende Muslime, vor allem Kinder in den Kitas und Kindergärten, quasi nicht benachteilige oder ausschließe.

Der Vorschlag kam vom Linken-Politiker Rüdiger Sa-

gel, dessen derzeitiges Amt in der eigenen Partei – nicht zuletzt wegen eben dieses Vorschlags – nicht mehr ganz eindeutig erkennbar ist. Sagel verschaffte den Linken, nicht nur in NRW, sondern in ganz Deutschland eine keineswegs erfreuliche Aufmerksamkeitswelle. Nicht bloß die Katholiken, sondern auch die Medien reagierten mit Unverständnis, Spott und Verärgerung.

Und in der Tat, man kann auf eine derartige Idee eigentlich nur mit der flapsigen Gegenfrage antworten: Geht's noch? Haben Politiker in diesem Land an nichts anderes zu denken, als sich mit Gedanken über die Benamung von kirchlich traditionellen Gedenk- oder Feiertagen zu befassen?

Ich möchte nicht wieder die allgemeine Litanei eröffnen, der zufolge die Linken, wenn sie denn den vermeintlichen Kampf für die Rechte anderer mit hohl klingenden Paukenschlägen zu inszenieren gedenken, zuerst mal das von ihnen selbst begangene Unrecht offenlegen und den noch lebenden Opfern Gerechtigkeit und Wiedergutmachung angedeihen lassen sollten. Diese Mahnung, wir haben es längst begriffen und uns damit abgefunden, stößt eh auf stumme Mäuler, taube Ohren und, um es direkt zu sagen, auf fehlende Bereitschaft.

Die neue, alte Leier lautet: weniger katholisch, weniger national, weniger kapitalistisch und ist der verbale Abklatsch, der in dieser trivialen Ausführung ja mittlerwei-

le nicht mal mehr von den Grünen geäußert wird und mit dem die Linke auch das eigene Fußvolk nicht mehr in Gang setzen kann, sondern es vielmehr zur AfD oder zu den Nichtwählern treibt. Einhergehend damit die kindischen Eiapoepia-Parolen zu einer volkstümelnden Integration, die man auf diese gespielt naive Weise bestimmt nicht forcieren wird.

Was aber treibt linke Politiker, sich so zu äußern, außer dass sie

sich und ihren Block unmöglich machen?

Kaum zu glauben

Der Kommentar

Natürlich, man schürt Emotionen und bringt trotz oder gerade wegen der inhaltlosen Absurdität ausufernde Diskussionen in Gang. Und man verwischt und vertuscht Wahrheiten – mal wieder.

Nicht nur Spötter fragen, ob es demnächst auch dem Nikolaus oder St. Valentin an den Kragen gehen wird. Oder ob nicht der eigentlich sehr sehenswerte Film „Die Heiden von Kummerow“ verboten werden muss, weil man darin Martinsgänse und nicht „Sonne-Mond-und-Sterne-Gänse“ zum Pfarrer bringt.

Man muss kein Nationalist oder ein sogenannter Rechter sein, um darauf hinzuweisen, dass die christliche Kirche in unserem Land verwurzelt ist und dies auch bleiben soll. Egal dass sie in vielerlei Hinsicht der totalen Rückständigkeit verhaftet ist. Und man muss auch kein Linker sein, um Freiheiten für andere Religionen und Glaubensrichtungen zu fordern. Weil es diese Freiheiten nämlich gibt. Dies hat durchaus etwas mit Menschenrechten zu tun, die allen gleichermaßen zustehen. Deutschland ist kein Staat, in dem beispielsweise Frauen keinen Autoführerschein erwerben dürfen oder in dem es Männern erlaubt ist, eine Ehe mit mehreren Frauen zu führen und wo es dann allerdings auch kein Sankt-Martinsfest gibt. Und Deutschland ist nicht die verlogene DDR, die sich in ihrer Verfassung sklavenhaft zur Freundschaft und Verbundenheit mit jenem Unterdrückerstaat Sowjetunion bekennen musste.

B. Thonn

Dietmar Mokros – das Gedenken wird in Ehren gehalten

Eine Richtigstellung zu Fg 731

Am 19. Oktober 2013 trafen sich die Mitglieder der Bezirksgruppe Detmold/Münster in Bielefeld zu ihrer turnusgemäßen Mitgliederversammlung. Dabei kam zur Sprache, dass sich mehrere Kameradinnen und Kameraden durch den Beitrag der FG Nr. 731, Seite 3, „Der VOS weiterhin verbunden“ geradezu vor den Kopf gestoßen fühlen.

Nebulös bleibt, welche Vorwürfe gegen unseren hochverdienten früheren Bezirksgruppenvorsitzenden Dietmar Mokros erhoben wurden, die sogar eine Rechtfertigung durch den früheren Bundesvorsitzenden erforderlich machten. Eine Nachfrage beim Bundesvorstand erbrachte die Auskunft, es sei „eigentlich nichts“. Unterdessen erreichten verschiedene unerfreuliche Anrufe die Witwe und den Bezirksgruppenvorstand.

Kamerad Dietmar Mokros ist vor nunmehr acht Jahren verstorben. Allein die Pietät gebietet, sein Andenken in Ehren zu halten. Vielmehr ist an seinen rastlosen Einsatz für die ehemaligen politischen Häftlinge zu erinnern.

Alle die ihn kannten und die sich an manche erfolgreiche Aktion und viele gute Gespräche mit Kamerad Dietmar Mokros erinnern, sind von seiner absoluten Integrität überzeugt. Der Artikel in der FG, der so viele Missverständnisse hervorgerufen hat, wäre am besten unveröffentlicht geblieben.

Bernd Pieper

Vorstand und Redakteur

schließen sich der vorstehenden Erklärung an und bestätigen hiermit das Ansehen und die Verdienste unseres Kameraden Dietmar Mokros, der vor allem einen hohen Anteil an der Durchsetzung der heutigen Opferrente hat. Er gehörte zu den Initiatoren, die die Gespräche mit den Parteispitzen einleiteten, und er gab dem früheren Bundesvorstand entscheidende Impulse, auch bei Misserfolgen nicht aufzugeben. HD/AR

Es war alles noch viel schlimmer

Jörg Bernhard Bilke über das aktuelle Enthüllungsbuch von Ellen Thiemann „Wo sind die Toten von Hoheneck?“, das Anfang des Jahres 2013 erschienen ist

Seitenblick

Ellen Thiemann ist eine von uns! Als ehemalige Insassin des berühmten Frauenzuchthauses Hoheneck im erzgebirgischen Stollberg weiß sie nur zu gut, wovon sie schreibt, wenn sie unerbittlich über DDR-Verhältnisse aufklärt. Sie wurde 1937 in der sächsischen Hauptstadt Dresden geboren und heiratete 1960 einen damaligen Fußballspieler des „Sportclubs Dynamo Berlin“ (Stasi-Verein) und späteren Sportjournalisten. Als am 29. Dezember 1972 ihre geplante Flucht nach Westberlin scheiterte, nahm sie alle Schuld auf sich, um die Familie zu schützen, und wurde am 22. Mai 1973 wegen „Republikflucht“ zu drei Jahren und fünf Monaten Zuchthaus verurteilt. Sie wurde nach Hoheneck gebracht, wo sie mit Schicksalenen von Mitgefangenen konfrontiert wurde, die sie nicht für möglich gehalten hätte. Am 29. Mai 1975 wurde sie nach Ost-Berlin entlassen und konnte nach der Scheidung, mit ihrem Sohn am 19. Dezember 1975 den SED-Staat verlassen. Über ihre Erlebnisse vor, während und nach der Haft hat sie 1984 das Buch veröffentlicht „Stell dich mit den Schergen gut. Erinnerungen an die DDR“, das inzwischen mehrmals in erweiterten Ausgaben erschien.

Schon beim Schreiben ihres ersten Buches in Köln, wo sie Wohnung und Arbeit gefunden hatte, beschlich sie das unguete Gefühl, dass ihr Ehemann, von dem sie am 8. Juli 1975 geschieden worden war, schon vor ihrer Verhaftung Zuträger, also „inoffizieller Mitarbeiter“, der „Staatssicherheit“ gewesen sein könnte. Sie hatte noch in Ostberlin Aufzeichnungen von ihm gefunden, die diese Befürchtung nahelegten. Als nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 die Akten zugänglich wurden, kam auf niederschmetternde Weise dafür die Bestätigung!

Trotz der innerlich längst vollzogenen Trennung war sie entsetzt über die tiefe Verstrickung ihres Ex-Mannes in die kriminellen Machenschaften der „Staatssicherheit“. Wie sie feststellte, wurde sie schon Monate vor dem Fluchtversuch vom 29. Dezember 1972 von der „Staats-

sicherheit“ auf Schritt und Tritt überwacht, wobei dem Führungsoffizier noch die unwichtigsten Kleinigkeiten überbracht wurden. In ihrem zweiten und umfangreichsten Buch „Der Feind an meiner Seite“ (2005) hat Ellen Thiemann das Doppelleben ihres Ex-Mannes umfassend aufgeklärt.

Mit ihrem dritten Buch „Wo sind die Toten von Hoheneck?“ (2013) kehrte sie zum Themenkreis des ersten von 1984 zurück, das sie aus der Erinnerung an eine düstere Zeit geschrieben hatte. Damals, fünf Jahre vor dem Einsturz der Berliner Mauer, erschienen westdeutschen Lesern, sofern sie das alles überhaupt wissen wollten, aufklärende Erlebnisberichte aus dem DDR-Gulag oft überzeichnet, subjektiv überhöht oder grundsätzlich unglaubwürdig. Als ich 1965 mein Hörspiel „Verhaftet in Leipzig“ mehreren Sendern angeboten hatte, fragte „Radio Bremen“ bei mir an, ob denn das auch alles stimme, was ich da geschrieben hätte. Ellen Thiemann und anderen DDR-Häftlingen wie Eva Müthel („Für dich blüht kein Baum“, 1957) und Walter Kempowski („Im Block“, 1969) wird es kaum anders gegangen sein. Seit 1992 aber sind in der Berliner Gauck-Behörde und ihren Filialen in den ehemaligen Bezirkshauptstädten die Akten von „Staatssicherheit“ und „Volkspolizei“ zugänglich. Wer diese Akten eingesehen hatte, musste feststellen: Es war alles noch viel schlimmer, als wir es damals ahnen konnten! Deshalb ist Ellen Thiemann seit 1990 immer wieder in die erzgebirgische Kleinstadt Stollberg gefahren, schon für den 11. Mai 1990 hatte sie einen Besuchstermin für Hoheneck bekommen, wo sie von denselben Offizieren, die ihre Vergangenheit angeblich nicht kannten, empfangen und beflissen durch die Anstalt geführt wurde, die dort schon 1973/75 ihren Dienst verrichtet hatten. Elf Tage später, am 22. Mai, hatte sie eine Lesung in einer Stollberger Buchhandlung, die wegen des großen Andrangs von 150 Zuhörern in einen Kirchenraum verlegt werden

musste. Solche Erlebnisse motivieren, die Geschichte des „dunklen Ortes“ (so der Titel eines Buches über Hoheneck) näher zu erforschen. Mit ihrem dritten Buch legt die Autorin das Ergebnis jahrelangen und beharrlichen Recherchierens über ein berühmtes DDR-Zuchthaus vor, über das jenseits der innerdeutschen Grenze fast nichts bekannt war!

Ellen Thiemann hat ihr Buch, dessen Geleitwort Bundestagspräsident Norbert Lammert verfasst hat, in fünf Abschnitte gegliedert, wobei sie im zweiten „Gefangen auf Hoheneck“, noch einmal, verständlicherweise, auf ihre Geschichte eingeht. Jetzt aber, zwei Jahrzehnte nach Mauerfall und Aktenöffnung, ist das ein völlig neues Erzählen, weil der Autorin die Hintergründe

Die einstigen „Volkspolizisten“ im Wachdienst der DDR-Zuchthäuser mögen noch so unmenschlich aufgetreten sein, Gefangene misshandelt oder für Wochen in stockdunkle Arrestzellen gesteckt haben: Der Freistaat Sachsen gewährt ihnen bis heute Straffreiheit und Unterschlupf im Staatsdienst!

dessen, was ihr vor und in Hoheneck zugestoßen ist, bekannt sind. Sie hat ja nicht, wir alle nicht, wie der Arbeiterführer und Reichstagsabgeordnete August Bebel (1840 bis 1913) in ehrenvoller Festungshaft 1872/74 auf Schloss Hubertusburg bei Oschatz in Sachsen gesessen, wo er zwei Jahre lang ununterbrochen lesen und sich weiterbilden konnte, um danach gestärkt den „Klassenkampf“ fortzuführen! Bei politischen DDR-Häftlingen war das anders: Ellen Thiemann war eingesperrt mit „Kindsmörderinnen, Totschlägerinnen, ehemaligen KZ-Aufseherinnen, Wirtschafts- und Kleinkriminellen“. Und dazwischen auf den Zellen, die offiziell „Verwahräume“ hießen, hausten überall die „Staatsverbrecher“, die es offiziell nicht gab und die in einem Rechtsstaat nie verhaftet und verurteilt worden wären. → S. 11 oben

Sie waren in Hoheneck wegen so merkwürdiger „Delikte“ wie „Republikflucht“ oder „staatsfeindliche Hetze“ oder „Staatsverleumdung.“

Ellen Thiemann entdeckte, dass es in der Haftanstalt ein Netz von Stasi-Informanten gegeben hatte, sowohl unter der Wachmannschaft wie auch unter den Häftlingen, die sich davon Vorteile wie Haftvergünstigungen oder die vorzeitige Entlassung versprachen.

Nur durch Zufall stieß sie darauf, dass eine ehemalige Schließerin in Hoheneck 1985/89, die im Zivilberuf Textilverkäuferin gewesen war, nach dem Mauerfall auf der Karriereleiter nach oben gerutscht war: Sie arbeitet heute im Sächsischen Justizministerium in Dresden! Die einstigen „Volkspolizisten“ im Wachdienst der DDR-Zuchthäuser mögen noch so unmenschlich aufgetreten sein, Gefangene misshandelt oder für Wochen in stockdunkle Arrestzellen gesteckt haben: Der Freistaat Sachsen gewährt ihnen bis heute Straffreiheit und Unterschlupf im Staatsdienst!

Seitenlang kann man bei Ellen Thiemann nachlesen, wie angenehm die Ex-Kader heute ihr süßes Leben gestalten.

Je weiter man beim Lesen in diesem Buch vordringt, desto bestürzender sind die Erkenntnisse, die Ellen Thiemann über die medizinische „Versorgung“ im DDR- Strafvollzug ausbreitet. Man kann die Scheußlichkeiten nicht annähernd aufzählen, mit denen sie bei ihrer journalistischen Arbeit, die Zeit, Geld und Überwindung kostete, konfrontiert wurde. Im dritten Kapitel „Ausgeliefert“ berichtet sie über den systematischen Missbrauch bei der Verabreichung von Psychopharmaka und Sedativa durch medizinisch ungeschultes Personal an kranke und wehrlose Gefangene. Sie machte Ärzte wie Dr. V. ausfindig, der sie einst in Berlin- Hohen-schönhausen als Röntgenarzt behandelte und der nach 1989 als Obermedizinalrat bei Berlin eine Privatklinik betrieb, als wäre nichts geschehen, und den sie anzeigte. Auch den untergetauchten Hohenecker Chefarzt Oberstleutnant Dr. J., dem sie einst ausgeliefert war, konnte sie entdecken, da er 1990/91 bei den Ermittlungen gegen den

MfS-Minister und Doppelmörder Erich Mielke (1907-2000) als wohlwollender Gutachter fungierte.

Ellen Thiemann berichtet von Selbstmorden verzweifelter Hohe-neckerinnen und von Margot Honeckers teuflischem System der Zwangsadoptionen, massenweise „legal“ vollzogen an den Kindern von „Staatsfeinden“. Nicht einmal für dieses Kapitalverbrechen musste sich die Ex-Ministerin, die seit Jahrzehnten in Chile eine üppige Rente aus Deutschland bezieht, vor Gericht verantworten.

Dieses Buch kann man nicht wie einen Roman in einem Zug durchlesen, besonders dann nicht, wenn man von drei „bisher unbekanntem Schicksalen“ in Hoheneck erfährt, die Ellen Thiemann ermittelt hat. Die Dresdner Frisöse Elke J. beispielsweise saß wegen eines Fluchtversuchs bei der Stasi in Untersuchungshaft und wäre von ihrem Vernehmer fast umgebracht worden, als er ihren Kopf gegen die Betonwand schleuderte und dadurch einen Schädelbruch verursachte, der nie behandelt wurde. In Hoheneck wurde sie von einer „Erzieherin“ mit Spitznamen „Einsfünfzig mit Hut“) zwei Tage und eine Nacht in eine Wasserzelle gesperrt, aus der sie „völlig durchnässt, zitternd, frierend und vor Kälte ganz steif“ ausgeschlossen wurde. Als sie im Sommer 1974 freigekauft worden war, bekam sie mit 36 Jahren eine Erwerbsunfähigkeitsrente zugesprochen.

Den ehemaligen SED-Kadern und verwandtem Gelichter, die diese blutige Diktatur 1949 installiert hatten, haben den Mauerfall 1989 schadlos überstanden und höhere Renten eingeklagt. Es geht ihnen heute glänzend im „Kapitalismus“, den sie einst gnadenlos bekämpften.

Nie sind sie, höchstens in Einzelfällen, wegen ihrer Verbrechen vor Gericht gestellt worden, wie der „bedauernswerte“ Ex- Staatsratsvorsitzende Egon Krenz, der wegen der Mauerorde verurteilt wurde und knapp vier Jahre als Freigänger in Berlin-Plötensee einsaß, also nur die Nächte in einer Gefängniszelle verbrachte, worüber er sich bis heute bitter beklagt.

Seitenlang kann man bei Ellen Thiemann nachlesen, wie angenehm die Ex-Kader heute ihr süßes Leben gestalten und wie sie jenen Tag her-



beischnen, an dem sie wieder in ihre alten Machtpositionen eingesetzt werden. Ich konnte das am 29. August im Hotel Thüringen in Suhl selbst erleben, wo eine Gruppe von 60 Stalinisten von alten Zeiten schwärmte, die wieder kämen, irgendwann. Vorher freilich kommt die biologische Lösung für diese Leute von vorgestern! Und sicher dürfte sein, dass die DDR-Verhältnisse 1949/89 in wenigen Jahrzehnten auch so gründlich erforscht werden wie das „Dritte Reich“ 1933/45. *Jörg B. Bilke*

Ellen Thiemann:

„Wo sind die Toten von Hoheneck? Neue Enthüllungen über das berüchtigte Frauenzuchthaus der DDR.“ München 2013, 272 S., 19.99 €

Schwierigkeiten mit der Wahrheit

Häftlingstransporte fanden in der DDR unter menschenunwürdigen Bedingungen statt. Leider werden die Gedenkstätten und deren Betreiber den Tatsachen nicht gerecht!

In mehreren Beiträgen früherer Fg-Ausgabe wurde das Thema Gefangenentransporte in der DDR diskutiert. Zuletzt ging es um die Frage, seit wann die Häftlinge in den engen Buchten des Kleintransporters B 1000, die fast luftdicht und völlig dunkel waren, transportiert worden sind. Hierzu gab die Information Anlass, dass der B 1000 in der DDR erst in den 1960er Jahren hergestellt wurde und frühere Transporte vermutlich im B 1000-Vorgänger Framo stattfanden. Inwieweit verzetteln wir uns jedoch mit einer solchen Diskussion, wo es doch inhaltlich darum geht, dass Transporte dieser Art menschenunwürdig waren und heutigen tags nicht Schlachtvieh auf den Fahrzeugen so eingesperrt ist.

☒ In den vergangenen Ausgaben der FG ist mehrfach über den unmenschlichen Transport von Stasi- Häftlingen berichtet worden. Völlig unwichtig dabei sollte der Name des Transporters sein, ob *Framo – Barkas – B 1000 oder W 50*, wovon wohl das einzig „überlebende“ Fahrzeugexemplar, auf besondere Nachfrage, noch in Bautzen-II zu sehen ist. Ehemalige Stasi-Häftlinge können ihre Erlebnisse in den licht- und luftlosen Käfigen (ca. 80 x 60 x 150 cm) auch nach Jahren nicht vergessen und leiden noch heute massiv unter Angstgefühlen.

Anfang der 1960er Jahre wurden die Häftlinge – zum Beispiel aus Bautzen-II – über mehrere hundert Kilometer transportiert. Für Ausländer und Westdeutsche gab es zu dieser Zeit in Bautzen-II noch keine „vorzeigbaren“ Besucherräume, sodass die Stasi-Häftlinge zum Besuch bis nach Berlin-Ost in die Stasi-Haftanstalt Magdalenenstraße (etwa 200 km hin und 200 km zurück) transportiert werden mussten.

Erkennbar waren diese Transporte nicht, da die Gefangenentransporter blau lackiert waren und per Aufschrift als „Fischtransporter“ fuhren oder in Konsumrot als „Backwarentransporter“ getarnt waren.

Leider gibt es heute überall Versuche, die Wahrheit über die DDR und die Stasi Vergangenheit weichzuspülen. Vom Staat, also aus Steuergeldern, hochbezahlte Wissenschaftler, Historiker oder Mitarbeiter von Stiftungen vertreiben diese Geschichtsfälschungen. Von Rügen, Abmahnungen oder gar Entlassungen dieser bewussten Fälscher ist nichts bekannt. Ist dies offiziell geduldet, gewollt oder beabsichtigt?

Wenigstens Fragen sollten ja noch erlaubt sein.

Ausgerechnet in der Gedenkstätte Bautzen (einzige ehemalige Stasi-Sonderhaftanstalt (Vollzug) Bautzen-II ist ein B 1000 mit Fenstern in den Zellenkäfigen ausgestellt. Ein kleines Schildchen will den Besuchern vermitteln, dass der B 1000 für den normalen Strafvollzug (Innenministerium) Fenster in den Zellenkäfigen hatte, was natürlich unwahr ist. Das Ausstellungsstück im „Märchenhaus“ ist ein angeordneter Umbau nach dem Mauerfall. Eine versuchte „Geschichtsfälschung“ also? Dies muss man ebenso fragen wie: Warum wird nicht auf den nebenan stehenden Gefangenentransporter W 50, mit den 7 Zellenkäfigen ohne Fenster, hingewiesen?

Ehrhard Göhl, Darmstadt

Zwischen Gnade und Barbarei

Die Wissenschaft besser für die Aufarbeitung nutzen und die Unterdrücker von einst konsequenter zur Verantwortung ziehen

Liebe Kameradeninnen und Kameraden,

☒ da die VOS mit ihren Mitgliedern über das gesamte Territorium der Bundesrepublik verteilt ist, ist es auch mit der Kommunikation unter den Mitgliedern schwierig. Aber wir haben doch die Wissenschaft, die zwar nicht viel mit uns, aber über uns und am liebsten über die Toten berichtet.

Die Dynamik der Nachwendezeit, in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Diktatur in der Ex-DDR ist für die Geschichte unserer Republik von enormer Bedeutung. Für die Wissenschaft ist es wichtig, dass Wissen von Informationen weiterzugeben und in umfassender Weise für die Gesellschaft einfach zugänglich zu gestalten. Es ist auch sehr wichtig einen Austausch von Daten, Zielen und Ergebnissen der Forschung vorzunehmen und dabei die Opfer der SED-Diktatur mit einzu beziehen. Geht es aber um das Herzstück, das Publizieren in Fachzeitschriften, muss ich sagen, die Informationen sind aus finanziellen Gründen nicht für jeden Bürger zugänglich. Es ist auch nur selten davon die Rede, was die Gegner (Patrioten) der Ex-DDR damals für die friedliche Revolution unter den herrschenden Umständen geleistet haben. Denn es wird vergessen, was Walter Ulbricht auf einer ZK-Sitzung zu seinen Genossen sagte: „Wir müssen die DDR zur Hölle für die Feinde des Sozialismus machen.“

Dass dieser Vorsatz gelungen ist, kann ich bestätigen.

Wir werden sehen ob die Demokratie in der Lage ist, den Haupttätern noch den Prozess zu machen oder ob es der Stasi künftig weiter gelingt, den Medien und den Bürgern zu erklären, dass die IMs und Mitläufer, die Verbrecher des Systems waren, denn schuldig sind sie sicher. Daher sehe ich mich und die Kameradeninnen und Kameraden im Wesentlichen mit einer tiefsinnigen Erkenntnis konfrontiert: Die Unterdrücker der Menschheit bestrafen ist Gnade; ihnen verzeihen ist Barbarei.

Klaus Dörfert

Gesamtverband plus Landesverbände

Erste Entwürfe für eine Lösung sind angedacht

☒ Am 12. November fand eine gemeinsame Beratung des Bundes- und des Landesverbandes Sachsen der VOS statt, in der es um Fragen der Strukturreform und um die Zukunft der VOS ging. Die Struktur der VOS soll verbessert werden. Es könnte möglich sein, künftig Landesgruppen innerhalb der VOS zu eigenständigen VOS-Landesverbänden umzuwandeln. Damit könnte mehr Eigenverantwortung entstehen, was sich auf die Bewilligung von Fördermitteln günstiger auswirken würde. Es wurde aber einmütig darauf bestanden, die VOS als Bundesverband nicht aufzulösen und keine Austrittskampagnen loszutreten.

Auf der nächsten Generalversammlung (April 2014) bzw. in deren Vorbereitung soll dazu eine umfassende Aussprache erfolgen. Anträge auf Satzungsänderung sind vorab möglich. Allerdings sollen sie unbedingt von der Unantastbarkeit des Gesamtverbandes ausgehen.

Frank Nemetz

Damit das nicht vergessen oder überhaupt erst aufgedeckt wird

Spurensuche und Aufarbeitung auf eigene Faust und ohne kommerziellen Hintergrund

Ich bin ein unfreiwilliger „Quälgeist“ – ein ehemaliger kleiner Bruder eines Studenten an der DHfP (Deutsche Hochschule für Politik) Berlin, der im Juli 1950 „verschwand“, nach Taischet kam und dort mit weiteren Deutschen Mitte 1952 erneut verhaftet und in einer Gruppe von Neunen am 16. Februar 1953 in Irkutsk am Baikalsee erschossen wurde. Darunter waren mein Bruder Wolfgang Utecht und zwei Kommilitonen aus Rostock. Diese drei Studenten wurden als Opfer in das VDS-Verzeichnis „Namen und Schicksale der von 1945 bis 1962 in der SBZ/DDR verhafteten und verschleppten Professoren und Studenten“ aufgenommen.

Auch in diesem Verzeichnis erfasst ist: Doberauer, Guenter, geboren 12. Juli 1923, Student JUR., Inhaftierung am 8. Juli 1952 in Berlin durch das NKWD; Urteil: vom SMT Berlin zu 25 Jahren ZAL (Zwangsarbeitslager), wegen angeblicher Spionage und illegaler Gruppenbildung. Doberauer befand sich bis zur Verurteilung in Berlin-Karlshorst, danach wurde er deportiert, Entlassung am 21. Oktober 1955.

Insgesamt versuche ich rund 150 Einträge „Ohne Studien-Ort Angaben“ aus den etwa 1.200 Erfassten nachträglich aufzuklären. Im Fall Doberauer z. B. also die Universität, an der er immatrikuliert war sowie u. a. auch wo er zuletzt wohnhaft war sowie einige Stichpunkte (z. B.: „Illegale Gruppe“; wer mit ihm zusammen verhaftet/ verurteilt wurde). Oft helfen späte Meldungen weiterer damals nicht gemeldeter Studenten.

Bereits herausgefunden habe ich den Geburtsort: Bernried, Starnberger See, und eine Anschrift – wohl nach seiner Gulag-Zeit ab ca. 1956 in München.

Vorige Woche stolperte ich in einem Archiv in Pullach im Zusammenhang mit einer Recherche zu meinem Bruder, über folgende Angaben: Zu Guenter Doberauer, Bernried, Journalist, Vorsitzender des LV Bayern der VOS, verheiratet 1951, in Berlin-Ost verurteilt SMT Berlin, 25 Jahre, deportiert nach Workuta.

Er berichtete nach seiner Heimkehr Ende 1955 (wohl bei den üblichen Befragungen zu Informationen über Vorkommisse und Personen, die ihm in Sibirien bekannt wurden), u. a. über einen Kollaborateur, der mit dem NKWD (den Blauen, womit die blau uniformierten KGB-Angehörigen gemeint sind) zusammenarbeitete. Durch ihn soll im Lager Taischet eine von Deutschen gebildete Widerstands-Organisation aufgedeckt und deren Angehörige (ca. 20 Häftlinge) verhaftet worden sein. Ferner soll er eine weitere Gruppe, die ein ungarischer Baron leitete, in einem anderen Lager aufgedeckt haben, wodurch es zu hohen Urteilen kam. Natürlich besteht ob des Geburtsjahres von Herrn Doberauer nur schwache Hoffnung, dass er noch lebt und befragt werden könnte, um Lücken in seiner Biografie zu schließen und das VDS-Verzeichnis zu aktualisieren.

Aber vielleicht gibt es doch noch lebende Angehörige oder auch Bekannte, die Aufzeichnungen von Günther Doberauer hätten und wenigstens teilweise helfen könnten. Oder er hat im Rahmen seiner Nach-Workuta Lebensphase als Journalist und als Landesvorsitzender in der VOS vielleicht sogar über sich und seine Erlebnisse etwas publiziert. Soll heißen, ich würde mich sehr freuen,

falls jemand aus der VOS helfen könnte. Ich selbst bin 1943 geboren und agiere nicht kommerziell. Ich kooperiere mit dem „Forschungsverbund SED Staat“ an der Freien Universität Berlin. (In der FU-Chronik gibt es ein Kapitel „Erschossen in Moskau“ 1950 – 1955, in dem zehn Studenten-Schicksale dargestellt sind, inklusive Lutz Utecht). Auch wenn Sie mich nur weiterverweisen können, mir ist jeder Hinweis sehr willkommen.

Der Hinweis auf den Landesverband Bayern der VOS und die Verbandszeitung schienen mir für meine Anfrage lohnenswert.

Lutz Utecht

Der Ruf der Freiheitsglocke – die Geschichte eines kleinen Gedichts

Bei seinen Recherchen stieß Kamerad Lutz Utecht auf das nachstehende Gedicht, das unter geschichtsträchtigen Umständen entstanden ist. Es wurde im Fluchtbericht eines ERNST KEICHEL



*(*1891, Berlin) gefunden und von Lutz Utecht aufbewahrt. Kreichel war Kaufmann und wohnte bis zu einer dramatischen Flucht nach West Berlin in Phöben bei Werder/Brandenburg. Er war erst spät vor dem geplanten Vopo „Zugriff“ gewarnt worden.*

Hoffnung und Freiheit

Du Freiheitsglocke mit ehernem Klang,
laut tönst Dein Ruf über das deutsche Land
Du gibst uns Hoffnung, du richtest uns auf
Der Kampf um die Freiheit nimmt seinen Lauf.

Einst bettelten wir um ein Stückchen Brot
Heut ist noch viel größer die seelische Not.
Kämpft für die Freiheit, gebt uns das LICHT,
und VERGESST UNS – in der Ostzone – nicht!

Verhaftungen, Urteile, Hinrichtungen

Einige konkrete Recherche-Ergebnisse

Zwischen dem 10. Juni 1951 und dem Herbst 1951 erfolgte im Kreis Werder und in Babelsberg (Potsdam) eine sehr große Verhaftungswelle, der hauptsächlich junge Einwohner, aber auch einige Senioren zum Opfer fielen. Insgesamt waren 55 Menschen betroffen bzw. galten als „verschwunden“. Über 32 Lehrlinge, Oberschüler, Studenten, Erwachsene wurden vom SMT Potsdam zum Tode verurteilt, acht Erwachsene vor dem Landgericht Potsdam, neun durch das SMT. Einer wurde noch „begnadigt“ und erhielt 25 Jahre Gulag. Eine Handvoll Verurteilter wurde nach harter U-Haft zermürbt und erkrankt freigelassen. Der Vater eines dieser Opfer erhängte sich in seiner Verzweiflung, eine Mutter wurde wahnsinnig.

Lutz Utecht

Stürzt die Basis die Spitze und damit die „beschlossene“ Regierung?

Am Ende der langen Koalitionsverhandlungen können die SPD-Mitglieder alles scheitern lassen

Wohin steuert unsere Politik? Schon nachdem wir am 22. September um 18 Uhr die Wahlprognose im Fernsehen erfuhren und die Prozentzahlen addierten, beschlich manch einen das Gefühl, dass wir nicht um Neuwahlen herumkommen. Gut zwei Monate haben nun die Verhandlungen zwischen den Unionsparteien und der SPD gedauert, die zu einer sogenannten großen Koalition führten. Nun wäre eigentlich alles „in Tüten“, womit sich die riesigen Gremien Tag und Nacht in aufreißenden Sitzungen befasst haben.

Genaugenommen ist allerdings nichts herausgekommen, was nicht zuvor schon diskutiert und heimlich beschlossen worden war. Und das, worüber man keine Einigkeit erzielt hat, bleibt unklar und somit besser in den jeweiligen Schubladen. Der Zank, die Drohungen und der unverhohlene Spott, den es immer mal gab, hat sich als Theaterdonner erwiesen. Mit dem abschließenden Händeschütteln wurden die Vorwürfe von gestern beseitigt. Statt gegeneinander ist man nun miteinander. Ob es aber wirklich das gute Klima ist, das es für eine gute Regierung braucht, bleibt abzuwarten. Muss man doch sowieso damit rechnen, dass es bei dem ersten Problem, das sich einer „großen“ Koalition stellt, bereits zum Konflikt, wenn nicht gar zum Bruch zwischen den mühsam sich findenden Partnern kommen wird?

Die Konstellation ist leicht überschaubar: auf der einen Seite der Block der Unionsparteien, der sich in der kaum erschütterbaren Position der Stärke befindet und der die Preisgabe eigener Positionen nicht für notwendig hält und diese nur macht, um den Partner nicht vorab schon unglaubwürdig und instabil erscheinen zu lassen. Auf der anderen Seite die SPD, die von mehreren Seiten unter Druck gesetzt wird und daher in einer äußerst schwierigen Lage war und auch immer noch ist. Denn was immer die Führungsmitglieder auch tun, in der eigenen Partei und bei den

Wählerinnen und Wählern kann man ganz schnell an Rückhalt verlieren.

Siegmar Gabriel, SPD-Chef, dürfte derjenige deutsche Spitzenpolitiker sein, mit dem man derzeit am wenigsten tauschen möchte. Bei allem Selbstbewusstsein, das er ausstrahlen versucht, sieht man ihm die Angst vor den fatalen Konse-

In Sachen Politik:

Der aktuelle Kommentar

quenzen an, die das Ergebnis seiner Verhandlungen mit der Union mit sich bringen könnte.

Das Schlimmste, was ihm und der derzeitigen SPD-Führung passieren kann, ist die Abstrafung der so zäh erkämpften Verhandlungsergebnisse und Entscheidungen durch die Partei-Basis. Wenn in Kürze jenes kollektive Nein käme, das eigentlich unvermeidlich scheint, dann wäre alles, was seit dem 22. September geschah, für die SPD wertlos. Mag man es auch für noch so wichtig und großartig erklären. Insofern wäre es besser gewesen, die SPD-Führung hätte die Notbremse gezogen und sich auf Neuwahlen eingelassen. Es hätte den Vorstand von der lästigen und gefährlichen Konfrontation mit der eigenen Basis befreit.

Natürlich gibt es immer noch die andere Variante, den Weg nach links. Doch dies würde die Partei an den Rand des Abgrunds geführt. Mögen Teile der SPD auch jetzt noch mit der Umsetzung der rechnerischen Mehrheit von SPD, B'90 und Linke in eine Regierung sympathisieren, so kann man sicher sein, dass dies von den meisten Wählern nicht gewünscht wird und dass eine Regierung aus den besagten drei Parteien scheitern müsste.

Welche Änderungen würden nun Neuwahlen mit sich bringen?

Wenn man auf die Unionsparteien schaut, wäre das wenig. Die Stimmenanteile sind stabil. Bei der SPD hingegen könnten sich Neuwahlen

durchaus positiv auswirken. Die Wählerinnen und Wähler würden den Mut honorieren, sich erstens der Versuchung der Machtbeteiligung widersetzt zu haben, und sie würden auch die Abgrenzung der Sozialdemokraten zu den Linken gutheißen.

Für die FDP böte sich die Chance, durch sachliche Arbeit und glaubhafte Kandidaten wieder über die gefürchtete Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Dieses Ziel wäre realistisch. Damit wäre dann auch das einstige Regierungslager wieder belegbar und die anderen Parteien erhielten ihre Oppositionsrolle zurück.

Weniger verheißend dürften sich Neuwahlen für die Linken und B'90 anlassen. Insbesondere bei der Letzteren ist kein Profil ersichtlich. Die neuen Parteispitzen wirken farblos, die Erklärungen entspringen rhetorischer Mechanik. Die Partei, die sich zusehends selbst überlebt, hätte die Chance gehabt, durch eine Regierungskoalition mit der Union die Bereitschaft zur Verantwortung unter Beweis zu stellen. Auch unter Beibehaltung ihrer eigentlichen Themen.

Und unser Land? Wir sollten nicht vergessen, dass die Parteien für das Volk da sind und ihm entspringen – und nicht umgekehrt. Viele Bürgerinnen und Bürger hatten Neuwahlen für die bessere politische Lösung gehalten. Und viele glauben auch nicht an eine mehrheitliche Zustimmung der SPD-Basis zur großen Regierungskoalition. Man weiß, dass Neuwahlen für den Wähler immer die Chance bieten, die eigene Entscheidung zu korrigieren oder diese zu bekräftigen. Man darf gespannt sein. *Hugo Diederich*

Das Zitat:

Wäre die deutsche Politik ein Auto, ich fürchte, sie käme schon seit Jahren nicht mehr durch den TÜV.

*Manfred Rommel,
Deutscher Politiker und 22 Jahre
Oberbürgermeister von Stuttgart.
Verstorben am 7. November 2013,
im Alter von 84 Jahren.*

Die gegenwärtigen Probleme der VOS sollten kein Abgesang sein!

Mit Übersicht und Vernunft kann die Bundes-VOS weiter bestehen, und dennoch bleiben die Landesmittel erhalten / Ein Fazit zum Jahresende von **Wolfgang Stiehl** aus Magdeburg

Aufgrund der konfus sich darstellenden Situation in der VOS wurden im letzten Monat zahlreiche voreilige Schlüsse gezogen, es gab Beschimpfungen und Anschuldigungen – und doch ist nichts von dem relevant, was ein Ende der Bundes-VOS bewirken könnte. Nachstehend gibt Kamerad Stiehl aus Sachsen-Anhalt, der das Geschehen in der VOS über Jahrzehnte erfolgreich mitgestaltet hat, eine Betrachtung zur Zukunft der VOS, wobei er der ungesteuerten Bildung juristisch selbständiger VOS-Landesgruppen im Rahmen einer Neugründung in einigen Bundesländern skeptisch gegenübersteht.

Die gute alte VOS hat in diesem Jahr ihren 63. Geburtstag noch relativ unbeschadet überlebt, dennoch schwebten schon drohende Gewitterwolken über uns.

Über eine einschneidende Strukturumsetzung der VOS, den Fortfall der finanziellen Förderung einer arbeitsfähigen Geschäftsführung berichtete ich in einem FG-Interview in der Juli/August-Ausgabe 2012 (Seite 17-21) bereits ausführlich.



Nunmehr steht uns voraussichtlich eine weitere Strukturumstellung bevor.

Zur Erinnerung:

1998 musste die verdienstvolle Bonner Bundes-Geschäftsstelle wegen Unbezahlbarkeit aufgegeben werden. Totalberäumung von Büro und Archivkeller, Erfassung der abgegebenen Archivbestandes, Umzug Archiv nach Dresden, Büro nach Berlin, Einarbeitung von neuer Geschäftsführung auf Honorarbasis, Übertragung der aktiven Mitglieder aus über 30.000 Karteikarten in EDV-Vereinsprogramm, Onlinebanking-Einrichtung und vieles mehr.

Nach drei Legislaturperioden in Berlin stellte sich – bei Beibehaltung der gemieteten Räume und der Geschäftsführung heraus - dass dies nicht länger finanzierbar ist.

Ab Legislaturperiode 2004 wurde deshalb auf die Beschäftigung eines eigenständigen Geschäftsführers verzichtet und eine vom Rechtsanwalt empfohlene Erledigung der Arbeiten durch eine selbständige Ein-Mann-Firma in Angriff genommen (in Persona durch Hugo Diederich).

Diese Lösung wurde bis zum Jahr 2013 fortgeführt, bis Zoll- und Sozialkassen (nicht nur bei der VOS) darauf kamen, diese Lösung als nicht zulässige Schein-Selbständigkeit zu deklarieren und daneben auch weitere Honorarzählungen als unzulässig zu erkennen.

Die aufgemachten Nachforderungen an Sozialabgaben könnten – wenn unsere Argumente für Abstriche davon nicht akzeptiert würden - möglicherweise die Zahlungsfähigkeit des Vereins in Frage stellen.

Entsprechende (leider auch unseriöse) Presseveröffentlichungen - und noch weit mehr ebensolche Internetmeldungen – führten zu einer Verunsicherung der Landesverbände. Dies ist der Anlass zu Überlegungen juristisch selbständige Landesverbände zu gründen, welche die Basis für eine weiterhin funktionierende Vergabe von Fördermitteln in den neuen Bundesländern gewährleisten, da an juristisch un-

selbständige Vereinsglieder eines **möglicherweise nicht solventen** Vereins nicht ausgereicht werden dürften.

Soweit – so ungut.

Die Praxis der bisher erfolgten

landesbezogenen Gründungen eigenständiger VOS-Gruppen zeigt uns deutlich den totalen Zusammenbruch der Solidargemeinschaft der VOS auf.

Wir nennen nur:

- Unterschiedliche Beitragshöhen
- Vorbereitete Austrittsschreiben aus der Bundes-VOS
- Kein Gedanke zur FG-Zukunft
- Keine Regelung zur Beitragsaufteilung.

Ohne Regelung der genannten Faktoren - meinen wir – ist dies zielführend das Ende der großen Vereinigung VOS.

Um nicht nur zu kritisieren, möchten wir eine von vielen möglichen Varianten zur Aufrechterhaltung der VOS-Gemeinschaft vorschlagen: *Seite 16 oben*

- es erfolgt - so die VOS nicht durch Zahlungsunfähigkeit implodiert – **kein Austritt** von einzelnen Mitgliedern aus dem Bundesverband,

- für die neuen Landesgruppen wird eine minimaler Beitrag (1,00 €/Monat) festgelegt, dadurch bleibt die Möglichkeit des Fördermittelbeanspruchens einer ausreichend großen Mitgliederzahl im jeweiligen Bundesland gegeben.

- der Differenzbetrag zur derzeitigen Beitragshöhe geht weiter an die Bundes-VOS

- die VOS-Bundes-Organisation regelt in ihrer Satzung die Strukturänderung in juristisch selbständige und unselbständige VOS-Gliederungen (alte Bundesländer) nebeneinander

Eine Schlussbemerkung:

Auf Grund der Altersstruktur der Mitglieder unseres Vereins ist ein Strukturwandel zwingend erforderlich. Unser heutiger FG-Beitrag soll zu einer ebenso breiten wie fairen Diskussion anregen. Unser Ziel soll es sein, die VOS noch mindestens bis zum 70. Geburtstag am Leben zu erhalten.

Wir meinen, ohne das Wirken von Hugo Diederich wäre die VOS bereits 2005 zahlungsunfähig gewesen. Der Eintritt der Mitglieder Mehrheit in die neu gegründeten Landes-Gruppen braucht durchaus nicht forciert zu werden. Bereits abgegebene Austrittserklärungen könnten widerrufen werden.

Stiehls Aussage zur Neugründung einer separaten Landesgruppe **ohne Bindung an eine weiter bestehende Bundes-VOS: „Da bin ich definitiv nicht mehr dabei“**

November/Dezember 2013

Das Foto (S. 16) zeigt den vor maligen Bundesvorsitzenden der VOS Johannes Rink, Wolfgang, Stiehl mit dem früheren (1993/1994) Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Dr. Christoph Bergner bei einer Zusammenkunft in der Magdeburger VOS-Geschäftsstelle. Im Bild hinten links: der amtierende VOS-Bundesvorsitzende Hugo Diederich, der es als wichtig erachtete, an dem Treffen teilzunehmen.

VOS intern: Leute, auf die es ankommt und wie man mit ihnen umgeht

☒ Als Sohn eines vor einigen Monaten verstorbenen VOS-Mitglieds habe ich in diesem Jahr aus einer gewissen Verbundenheit noch Beitrag bezahlt und die Freiheitsglocke gelesen und mich auch auf anderem Weg über die VOS informiert.

Meiner Meinung nach stellt sich die VOS nach außen hin beträchtlich besser dar, als sie es in Wirklichkeit ist. Die Verbandszeitung und die Projekte, die bundesweit umgesetzt werden, geben von ihr ein sehr gutes Bild ab. Man möchte meinen, in der Vereinigung herrschten Einigkeit, Harmonie und Frieden und alle würden an einem Strang ziehen.

Ist dem wirklich so?

Meiner Meinung nach sind es wenige Leute, die dem Verband öffentlich ein sehr akzeptables Aussehen verleihen und die für Aktivitäten zeichnen. Man müsste nun annehmen, dass diese Leute vom Verband, das heißt von den restlichen Mitgliedern, bedingungslos Rückhalt bekommen und man ihren Einsatz entsprechend würdigt.

Aber dem ist ganz offensichtlich nicht so. Ich möchte als Beispiel den Bundesvorsitzenden nennen. Der Kamerad Hugo Diederich investiert viel Zeit in die Führung des Verbandes. Er betreibt die Geschäftsstelle – auch an den Wochenenden und außerhalb der üblichen Arbeitszeiten – und er ist vor Ort, wenn die abseits wohnenden Mitglieder in ihren Gruppen zusammenkommen, wobei er auch hier seine freie Zeit zur Verfügung stellt und seine private Bahn card nutzt. Und dies nun schon seit mehr als zehn Jahren. Damit verbindet sich ein enormer Zeitaufwand, auch Kosten fallen an.

Von der Qualität her wäre diese Tätigkeit mit der eines Mitarbeiters im mittleren Management vergleichbar. Aber es gibt hier kein Managergehalt, sondern lediglich eine Art Honorar oder Aufwandsentschädigung, wobei Diederich gar noch selbst für Renten- und Krankenkassenbeitrag aufkommen muss. Doch selbst das wird bei einigen offenbar ahnungslosen Verbandsmitgliedern permanent ausgeblendet.

Man muss die Frage stellen, wie jemand, der im Gegensatz zu den älteren Mitgliedern noch keine Altersrente erhält, seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, wenn er sich vollzeitlich für die VOS zur Verfügung stellt. Jeder weiß, dass die Lebenshaltungskosten ständig steigen und dass es gut arbeitende

Fachkräfte nicht mal für den angestrebten Mindestlohn zu bekommen sind.

Ähnlich ist es mit der Tätigkeit des Redakteurs. Die Freiheitsglocke ist eine Zeitung, die mit hoher Effizienz gemacht wird und für die Kamerad Richter nicht mal einen Mini-Job-Satz erhält. Dabei geht es um die Erstellung von Texten, das Abschreiben und Neuformulieren von eingesandten Beiträgen, das Einrastern von Fotos und die Herstellung des Layouts. All das liegt in einer Hand. Wäre das nicht so, würden – wie etwa beim Stacheldraht – all diese Arbeitsgänge von zusätzlichen Fachkräften erledigt werden, würde die Zeitung unbezahlbar werden. Zudem stellt der Redakteur seine eigene Technik zur Verfügung, und die Gebühren für Telekom oder Papierausgaben werden auch aus eigener Tasche bestritten.

Dies sind die krassesten Beispiele, die mir bekannt sind, durch die die VOS überhaupt überleben konnte und vielleicht noch weiter überlebt. Trotzdem sehe ich, dass immerzu gerade gegen solche tragenden Säulen gestänkert und gehetzt wird. Falschdarstellungen, Bereicherungsgerüchte und fehlender Gemeinsinn werden immer wieder, wenn auch auf unterschiedliche Weise bedient. In (nicht mal anonymen) Rundschreiben tauchen dann Forderungen auf wie „Vorstand und Redakteur müssen weg, sie taugen nicht, sie halten sich an der VOS schadlos“ usw. usf. Ich frage mich (nicht nur mich), ist das typisch deutsch oder einfach typisch VOS? Sind Leute, einstmals Kameraden von anderen politischen Häftlingen, von derart oberflächlichem Charakter oder haben sie nur das große gemeinsame Ziel und die Idee der Gründer verloren und geht es ihnen völlig ab, sich noch mal für soziale und finanzielle Verbesserungen einer insgesamt total ins Hintertreffen geratenen Gattung von Bürgern einzusetzen?

Ich gehöre einer jüngeren Generation an und bin anders sozialisiert. Aber ich bin mir bewusst, dass ich nicht in einer Demokratie hätte aufwachsen können, wenn mein Vater nicht das Schicksal der Haft auf sich genommen hätte.

Ich weiß aber dennoch nicht, ob ich einen Schlussstrich unter das Kapitel VOS ziehen und mich anderen Dingen widmen soll. *André Reimann*

Anm.: Der Verfasser des obigen Beitrages hat den Mädchennamen seiner Mutter angegeben. Er hat darum gebeten, keine Kontaktdaten weiterzugeben.

Die Geschichtslücke klafft, und das tut den Überlebenden weh!

Die JVA Untermaßfeld besteht bereits 200 Jahre, aber im Hochglanz-Rückblick einer Festschrift fehlen in den wechselvollen Zeitläuften die Jahre des stalinistischen Terrors

Der Name Untermaßfeld steht für eine Gemeinde im Südwesten Thüringens, die nur etwas mehr als 1.000 Einwohner hat. Der Ort ist ordentlich anzuschauen und wirkt freundlich auf Durchreisende, dennoch hat er, was geschichtlich hervorzuhebende Persönlichkeiten oder bauliche Touristenattraktionen angeht, wenig Auffälliges zu bieten. Und doch ist er für eine spezielle Kategorie Menschen wahrlich kein Ort der Beliebtheit, denn in Untermaßfeld befindet sich eine Justizvollzugsanstalt, die zu den ältesten in Deutschland gehört und die im Sommer dieses Jahres auf ihr 200-jähriges Bestehen zurückgeblickt hat.

200 Jahre, das ist – auch für eine JVA – ein Anlass, auf die lange Geschichte zu schauen und dabei den Wandel der Bedeutung eines Strafvollzuges im Wechsel der politischen Systeme zu dokumentieren und einen Ausblick auf die Zukunft zu wagen. Denn gerade die Zukunft ist wichtig, zumal nicht abzusehen ist, dass die Kriminalität in Deutschland nicht abnehmen wird, mag die Justiz vielfach auch großzügig sein. Somit braucht man dauerhaft Vollzugsanstalten.

Für Untermaßfeld sieht es nicht ungünstig aus. Der dortige „Knast“ wird sicher noch auf Jahrzehnte bestehen und damit seine Bedeutung als nicht unattraktiver Arbeitgeber in der Region behalten. Nicht zuletzt kann man das in diesem Sommer anlässlich des 200-jährigen „Jubiläums“ erschienene Hochglanzmagazin, das die glorreiche Bezeichnung FESTSCHRIFT trägt, als untrügliches Zeichen eines gesicherten Fortbestandes werten.

Mit dieser „Festschrift“ hat es freilich so seine Eigenart. Ganz gewiss kann man auf 34 Seiten nicht eine Gefängnisgeschichte von 200 Jahren abhandeln, zumal die Platzeinteilung großzügig vorgenommen wurde und zahlreiche Fotos gezeigt werden. Dennoch ist es schwer verständlich, dass auf den Zeitabschnitt der DDR nur in Randbemerkungen oder Andeutungen eingegangen

wird. Darauf wird zu Recht von unserem 93-jährigen Kameraden Heinz-G. Lorenz hingewiesen, der, wie man in früheren Fg nachlesen kann, schwere Schicksalsjahre in

Verschwiegene Geschichte

der Haftanstalt Untermaßfeld zugebracht hat. Wie berichtet, wurden im Februar 1950 525 SMT-verurteilte Häftlinge von Sachsenhausen nach Untermaßfeld verlegt. Durch die schlechten Haft- und Transportbedingungen waren die Ankommenden in einem unglaub-

Im Februar 1950 wurden hier 1229 Opfer der sowjetischen Militärjustiz eingeliefert – Größtenteils Jugendliche, die Das sowjetische Speziallager Sachsenhausen überlebt hatten. Viele von ihnen starben in den Folgenden Jahren in Untermaßfeld.

lich schlechten Gesundheitszustand. So wurde bei einer Röntgenreihenuntersuchung bei ca. 70 Prozent der Inhaftierten Lungen-Tbc festgestellt. Die medizinische Versorgung und eine bessere Verpflegung wären möglich gewesen, wurden aber bewusst verhindert. So kam es in der Haftanstalt zu etwa 50 Todesopfern, für die erst kürzlich im nahen Meiningen ein Gedenkstein aufgestellt wurde.

Häftlinge wie Heinz-G. Lorenz oder Paul Radicke, die die Torturen der Haftbedingungen überstanden, kamen mit irreparablen Gesundheitsschäden aus der Haft zurück. Sie bemühen sich schon seit Jahren um Aufklärung und Aufarbeitung der Vorgänge in Untermaßfeld. So wurde inzwischen von der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e. V. eine Chronik verfasst, in der eine zahlen- und fak-

tenmäßige Erfassung der Haftdaten von Sachsenhausen und der Nachfolgelager enthalten ist. Hierin – und übrigens auch unter Wikipedia im Internet – wird auf die Anstalt Untermaßfeld hingewiesen.

Es hätte jener Hochglanz-Festschrift gutgetan, wenn wenigstens einige Auswirkungen aus der stalinistischen Diktatur auf Untermaßfeld Eingang gefunden hätten. So jedoch klafft ein zeitliches Loch zwischen 1945 und 1989, und dieses wird durch die Mitteilung geschlossen, nach der „politischen Wende“ seien unter den „Mitarbeitern des Strafvollzugs“ viele „ehemalige Genossen wegen „Regimennähe“ entlassen worden. Dies ist alles andere als eine klare Information. Sie weckt den Anschein, dass Angehörige des DDR-Wachpersonals wegen ihrer politischen Einstellung den Dienst grundsätzlich hätten quittieren müssen. Mitnichten entspricht dies den Tatsachen, denn in einem solchen Fall hätten im gesamten Strafvollzug und im übrigen Staatsapparat der DDR nur ein geringer Prozentsatz der Mitarbeiter übernommen werden können.

Ebenso fragwürdig erscheint die Anmerkung zum Jahr 1990: „Im Oktober kommt es tatsächlich zu einer Amnestie für politische Gefangene.“ Wo wir doch wissen, dass im selben Monat bereits die Einheit Deutschlands hergestellt wurde und man fragen muss, ob zu diesem Zeitpunkt tatsächlich noch jemand wegen Republikflucht oder Staatsfeindlicher Hetze inhaftiert war.

Es wäre zu wünschen, dass die Anstaltsleitung im Nachhinein noch etwas tut, um die hier aufgezeigten Fehlmengen auszufüllen und den Haftopfern aus SBZ und DDR zu ihrem Recht zu verhelfen. Vielleicht durch eine Gedenktafel oder wenigstens einen Aushang. Denn wie merkte doch der amtierende Vollzugsdienstleiter der JVA zum Abschluss der Festschrift ganz richtig an: „Nur wer die Geschichte kennt, kann die Zukunft bauen.“

Tom Haltern

Etwas zehn Prozent der Workuta-Inhaftierten waren Frauen

Martin Hoffmann arbeitet selbst erlebte Geschichte für die Öffentlichkeit weiter beharrlich auf

Unermüdet ist unser Kamerad Dr. Martin Hoffmann, der abwechselnd in Karlsruhe und in seiner Geburtsstadt Oederan die dunklen Seiten der SED-Diktatur und des Sowjet-Terrors enthüllt. Auch mit mittlerweile 83 Jahren ist er beharrlich und arbeitet zeitlich gesehen dreidimensional: In der Vergangenheit prangert er die unmenschliche Zeit im Lager Workuta an, in der Gegenwart strukturiert er sein Zeitzeugenmuseum um und organisiert das Treffen ehemaliger Mitgefangener, und für die Zukunft, in 2014, plant er bereits den nächsten Kongress der Gulag-Veteranen, wobei dann auf die Situation der bis 1953 in Workuta ebenfalls inhaftierten Frauen aufmerksam gemacht und dies thematischer Schwerpunkt werden soll. Immerhin wird der Anteil weiblicher Gefangener in Workuta an der Gesamtzahl der Häftlinge auf ein Zehntel eingeschätzt.

Was die Zahl der Toten, Verletzten wie auch die Dauer und die Einzelheiten zur Niederschlagung des Streiks und Aufstandes in Workuta angeht, so hat Martin Hoffmann auch diese ermittelt. Er hält die Zahlen und Fakten in seinem Zeitzeugenmuseum, über das wir schon mehrfach in der Fg berichteten, sowie verschiedene inzwischen geradezu kostbar gewordene authentische Erinnerungsstücke zur Ansicht bereit.

Die Öffnungszeiten sind individuell geregelt.

Zu den Schätzen, die im Museum gezeigt werden, gehört auch eine Zeichnung, die aus der gedanklichen Rekonstruktion den Workuta-Aufstand in seiner heftigsten Phase darstellt. Gezeigt werden Angehörige der Wachmannschaft, die mit vorgehaltenen Waffen auf wehrlose Häftlinge zielen. Das Szenario wirkt gerade durch seine Skizzenhaftigkeit und die Darstellung in schwarzweiß bedrückend. Die teils sparsame, teils verworrene Strichführung drückt die Verzweiflung und Kraftlosigkeit der Gefangenen aus.

Martin Hoffmann (Foto) hat diese Zeichnung (siehe Abbildung) während des Pressefestes der Badischen

Neuesten Zeitung in Karlsruhe der Öffentlichkeit präsentiert. Entsprechend berichtete das Blatt auch in einem ausführlichen Artikel über Hoffmanns Aktivitäten und führte auch die statistischen Details zu Workuta in Teilen auf, wobei die Sowjetunion als das Regime entlarvt wird, das viele in ihr heute nicht mehr sehen: eine grausame, expandierende Diktatur.

Inzwischen wissen leider nicht mehr allzu viele Leute, dass Workuta zu den unmenschlichsten Haftkapiteln europäischer Jahrhundert-Geschichte gehört. Aufarbeitung und Erinnerung leiden ganz besonders unter fehlenden Zeitdokumenten, auch wenn sich der legendäre Auf-

stand in diesem Sommer zum 60. Mal jährte. Ganz gezielt wurde damals durch die Stalin'sche Terrorphilosophie alles verhindert und verboten, was der Außenwelt Material zum Nachweis der unmenschlichen

Lagerbedingungen gedient haben könnte. Nur die Berichte der Überlebenden können (und konnten) Zeugnis ablegen. Und dies wird in zunehmendem Maße – aus leider unerklärlichen Gründen – heutzutage gar

noch geblättert.

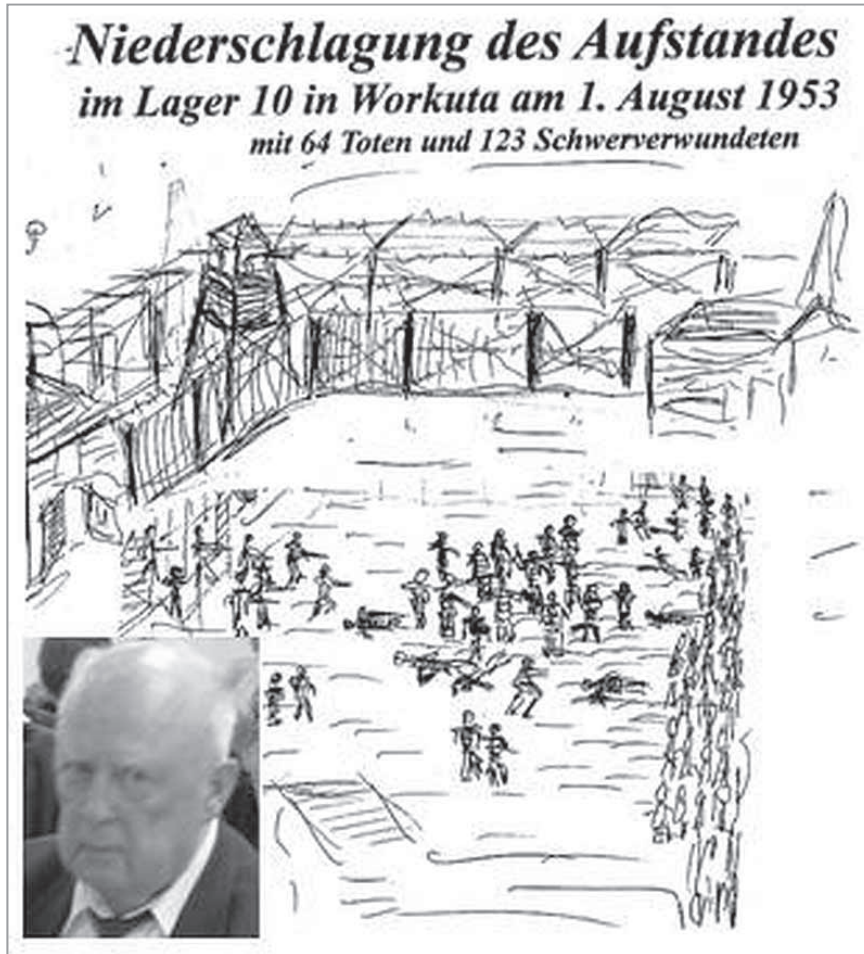
Umso wichtiger und respektträchtiger sind die wenigen privaten Initiativen, wie wir sie hier durch Mar-

tin Hoffmann erleben. Nunmehr wird das Museum modernisiert, damit die Besucher barrierefrei und ungehinderter durch die Räumlichkeiten gelangen.

Welche Bedeutung dieses kleine geschichtliche Zentrum hat, wurde im vorigen Jahr durch den Besuch eines ganz besonderen prominenten Gastes bestätigt. Dies war kein Geringerer als unser aktueller Bundespräsident Joachim Gauck, dessen Vater ebenfalls nach dem Krieg in ein stalinistisches Lager gekommen war.

Leider geht die Zahl der lebenden Workuta-Zeitzeugen immer mehr zurück. Dies ist dem Alter der Betroffenen geschuldet. Umso wichtiger dürfte die immense Arbeit sein, die Martin Hoffmann für die Bewahrung der Erinnerung leistet.

Valerie Bosse



Das Zitat: *Workuta war nicht nur Willkür. Workuta war auch Widerstand.*

Joachim Gauck

Die schweren Jahren prägte ihr Leben, aber auch ihre Haltung

Die Verlegerin Anita Tykve, eine stille, aber tapfere Heldin unserer Zeit viel zu früh verstorben

Der in Sindelfingen beheimatete Anita Tykve Verlag ist für ehemalige politische Häftlinge der DDR und anderer einstiger kommunistischer Staaten sowie bei Literaturexperten und Lesern ein Begriff. Er wurde im Jahr 1985 gegründet und veröffentlichte 99 Bücher, die überwiegend das Schicksal der Kameradinnen und Kameraden in den Zuchthäusern und Lagern des sowjetischen NKWD und der Stasi und von Oppositionellen und Widerstandskämpfern in der Haft behandeln. Die Bücher beschreiben Einzelschicksale, sind aber auch immer ein Abbild der damals herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Am 5. November 2013 ist nun die mutige Gründerin und Namensgeberin des Verlages, Anita Kuo-Tykve, im Alter von 68 Jahren nach fast zwei Jahren schmerz- und qualvollem Leiden an Herz- und Kreislaufversagen gestorben. Sie hinterlässt ihren Ehemann, unseren Kameraden Xing-hu Kuo (Verfasser von "Ein Chinese in Bautzen II" und Autor vieler anderer renommierter Bücher) und den gemeinsamen Sohn Simon Kuo, Rechtsanwalt in Berlin.



Anita Tykve hat über Jahrzehnte dafür gekämpft, dass die Belange unseres Personenkreises in der Öffentlichkeit gehört werden. Unterstützt wurde sie von ihrem Ehemann, der dem Verlag durch manche aufsehenerregende Aktion zu

Ansehen verhalf und der sich ebenso wie die Verlegerin selbst viele Verdienste erworben hat.

Im Gegensatz zur halbherzigen und schleppenden Aufarbeitung des SED-Unrechts in anderen Verlagen, Ministerien und Institutionen unterstützte Anita Tykve mit hohem Engagement und nicht ohne das Risiko des Rufmordes und gewalttätiger Angriffe, die Veröffentlichung vieler ansonsten in Vergessenheit geratenden Schicksalsberichte von Opfern des Sozialismus/ Kommunismus. Doch bei aller Konsequenz und Wahrheitsliebe unterließ sie es stets, sich selber ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu drängen.

Anita Tykve wurde am 5. März 1945 im Keller des Rathauses Tempelhof in Berlin geboren, als ihre Mutter vor schweren Bombenangriffen Schutz suchte. Ihre Geburtsurkunde ist ein handgeschriebener Zettel einer zufällig anwesenden, ebenfalls Schutz suchenden Hebamme, die bei dieser schwierigen und lebensgefährlichen Geburt half; und das mitten im Inferno der brennenden Reichshauptstadt.

Für Anita Tykve brachte die Kindheit dann wenig Erfreuliches. Sie erlebte die schweren Hungerjahre, zumal ihr Vater, ein politisch harmloser Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn, im Jahre 1947, zwei Jahre nach Kriegsende, von den Sowjets nach Sibirien verschleppt wurde und nie wieder zurückgekommen ist. Niemand weiß, was ihm in den Klauen unserer „Befreier“ widerfahren ist.

Das Schicksal des Vaters brachte der Tochter alsbald auch genügend Nachteile. Schon als Kind war Anita Tykve ein Opfer der sowjetischen Willkür. Im geteilten Berlin lernte das junge Mädchen durch Verwandte auch den Ostteil der Stadt kennen, erlebte und fürchtete die Sowjetpanzer, die am 17. Juni 1953 den Volksaufstand niederwalzten. Hinzu kamen die Folgen des Mauerbaus und die Trennung von lieben Verwandten im Osten.

Im Jahre 1973 lernte Anita Tykve bei der Verlobung einer Schwester mit dem iranischen Ex-Polihäftling Hoshang Mahiny aus Bautzen-II ih-

ren späteren Mann, unseren Kameraden Xing-hu Kuo, kennen, der von dem Iraner zur Verlobungsfeier eingeladen worden war. Kuo war nach siebeneinhalb jähriger Haft nach West-Berlin gegangen und hatte mehrere Jahre bei der Zeitung DIE WELT als leitender Redakteur gearbeitet. Aus gesundheitlichen Gründen musste er diese Arbeit aufgeben. Nun beteiligte er sich am Aufbau des Tykve Verlages, wobei das Verlegerehepaar fortan das erklärte Ziel hatte, unbekanntem, talentierten Opfern der SED-Diktatur ein Forum zu bieten.

Die Zielstellung erfüllte sich zumindest von der verlegerischen Seite, indem die Bücher über Haft und Repressalien erschienen – mochte man auch gegen den Verlag hetzen. Doch eine größere Bekanntheit erreichten die Autorinnen und Autoren nie. Zu kompromisslos und ehrlich wurde zu Papier gebracht, was man erlitten hatte. Eher waren (und sind) ehrliche und zeitnah verfasste Bücher über die DDR ein Hindernis für die vermeintliche Entspannungspolitik. Ungeachtet dessen sind nicht wenige der Bücher zu Klassikern geworden, und ihren Verfassern bleibt die Gewissheit, sich auch nach dem Verlassen der DDR keinem politischen oder sonstigem Druck gebeugt und vor keiner Drohung oder Beschimpfung gekuscht zu haben. So sind Autoren wie Siegmund Faust, Dr. Wolfgang Mayer oder Alexander Richter ein zweites Mal zu Widerständlern geworden; sie teilen den stillen Ruhm, den der Verlag erlangte, wenngleich nun alle gemeinsam zusehen dürfen, wie nach dem Mauerfall andere Autoren und Fernseh-Teams in ungefährlichen Zeiten die DDR und sich selbst so darstellen, wie das alles eigentlich gar nicht war.

Anita Tykve gebührt hingegen ein fester Platz in der politischen Geschichtsschreibung und in den Annalen der großen Literatur – ebenso aber in unseren Herzen.

Tom Haltern

(Abb.: Ein Buch von W. Mayer)

Aktiv, kontaktfreudig, hilfsbereit

Kamerad Rolf Wiese aus Leipzig

Über Rolf Wiese wurde in der Fg längere Zeit nicht berichtet. Dabei ist er doch – wie wir ihn kennen – weiter aktiv und agil und versucht, auf eine spezielle, durchaus auch mitreißende Art die Geschichte der kommunistischen Diktatur zu bewältigen und Aufarbeitung zu betreiben. Ziel ist es, den SED-Opfern, zu denen er auch selbst gehört, zu helfen. Kamerad Wiese geht trotz seiner Verbundenheit zur VOS immer auch Wege, in denen er sich direkt selbst verwirklichen kann. So hat er mittlerweile in seinem derzeitigen Lebensmittelpunkt Leipzig eine Selbsthilfegruppe ins Leben gerufen, an der sich zehn ehemalige SED-Opfer beteiligen. Es geht um die Bewältigung zunehmender posttraumatischer Belastungen, unter der, wie es die Statistiken belegen, immer mehr ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte der untergegangenen Diktatur leiden.

Rolf Wiese ist bekanntlich selbst SED-Opfer. Er wurde bereits in den 1950er Jahren verhaftet, verurteilt und eingesperrt. Von den zehn Jahren, die er aufgebremmt bekam, musste er vier Jahre hinter Gittern zubringen. Wiese hatte sich aktiv gegen das SED-Regime gewehrt, er verteilte im Osten Berlins Flugblätter, die er über die damals noch offene Grenze geschmuggelt hatte. Die Repressalien des Sicherheitsorgans namens Staatssicherheit setzten ihm ebenso zu wie die Bedingungen im Vollzug. (Hierüber wurde in der Fg bereits früher ausführlich berichtet).

Nach der Entlassung aus der Haft setzte sich Rolf Wiese alsbald in den Westen ab. Auch dies war noch vor dem Mauerbau, so dass die Flucht vergleichsweise weniger gefährlich war. In der Bundesrepublik versuchte er auf verschiedene Weise Fuß zu fassen, indem er sich vor allem mit kleinunternehmerischen Initiativen betätigte. Dass dabei die fehlenden Einzahlungen für die Altersrente eine falsche Einsparung waren, bekommt Rolf Wiese heute zu spüren, da er auf die staatliche Grundsicherung angewiesen ist und jahrelang um eine auch nicht eben üppige Zuzahlung für erlittene Haftschäden kämpfen musste.

Den Mauerfall erlebte Kamerad Wiese im fernen Namibia. Dort blieb er für etwa zehn Jahre. Keine Frage, in Namibia lebt man preiswert und hat ein angenehmes Klima. Und doch zieht es einen ins (nicht nur klimatisch) wechselhafte Deutschland zurück. Seit 1998 ist Rolf Wiese wieder hier. Er hat der VOS und allen SED-Opfern immer wieder Impulse gegeben. Immer wieder auch hat er Kontakte gesucht und hergestellt. So war es ihm zu verdanken, dass wir Anfang der 2000er Jahre von der Selbstverbrennung unseres verzweifelten Kameraden Siegfried E. Döring („SED“) erfuhren.

Die Gründung der Selbsthilfegruppe ist ein Schritt, der einfach scheint, der jedoch erst einmal geplant und organisiert werden muss. Dafür gebührt Wiese unsere Anerkennung und die Aufmunterung, diesen Weg weiter zu beschreiten. Sicherlich ist die Opferberatung, die seitens zentraler Stellen von der VOS betrieben wird, eine hilfreiche Methode, Opfern zu helfen. Selbsthilfegruppen hingegen sind Initiativen, die langfristig, feinfühlig und auch trostvoll wirken.

B. Thonn

Ein spontaner Vortrag im Stasi-Knast

Riesaer Redakteur plant Serie über Stasi-Opfer

Der Lokalredakteur der Sächsischen Zeitung in Riesa, Jens Ostrowski, beschäftigt sich intensiv mit dem Wirken der Stasi im früheren Kreis Riesa. Nächstes Jahr will er das bisherige Schweigen in der Zeitung beenden. Er hat vor, in der Zeitung eine Artikelserie über die Täter und auch die Opfer der Diktatur und des Stasi-Wirkens zu bringen.

Fest steht, dass er sich dabei nicht nur Freunde schaffen wird.

Für die genannte Artikelserie sucht Herr Ostrowski noch mehr Zeitzeugen, die sich bitte mit ihm in Verbindung setzen möchten.

Zu erreichen ist er unter der Telefonnummer 03525 72415713.

Bisher ist Herr Ostrowski durch eine Internetrecherche auf mich aufmerksam geworden. Nach einem Besuch bei uns Zuhause in der Eifel haben wir uns im September in Riesa getroffen. Ich habe ihm daraufhin meine kompletten Unterlagen zur Verfügung gestellt und auch viele Fragen beantwortet. Gemeinsam fuhren wir nach Dresden in das ehemalige Stasi-Gefängnis in der dortigen Bautzener Straße, wo meine Frau und ich jeweils vier Monate in U-Haft waren.

Achtung!

**Wer als Stasi-Opfer im Kreis Riesa oder der näheren Umgebung inhaftiert oder verfolgt wurde, melde sich bitte unter
03525 72415713
bei Herrn Ostrowski (oder zur Weitervermittlung in der Bundesgeschäftsstelle der VOS)**

Das ehemalige Stasi-Gefängnis ist inzwischen zur Gedenkstätte geworden. Als ich dort direkt nach dem Mauerfall meinen ersten Besuch machte und dabei wieder in der Zelle stand und später auch den Verhörraum betrat, überkam mich schon ein beklemmendes Gefühl. Es waren schlimme Erinnerungen, die plötzlich zurückkehrten.

Da während des jetzigen Besuches mit Herrn Ostrowski zur gleichen Zeit eine Schulklasse zur Besichtigung im Objekt war, habe ich auf Anfrage der jungen Leute, meine ganze Geschichte vom Ausreiseantrag, über die Verhaftung und die Verurteilung bis hin zum Freikauf vortragen können.

Herr Ostrowski sagte anschließend, man hätte während meines Berichts eine Stecknadel herunterfallen hören können, so atemlos gespannt hätten Jugendlichen, die im Alter von 15 bis 16 Jahren waren, zugehört.

Durch die Fragen, die nach meinem Vortrag gestellt wurden, konnte ich feststellen, welch ein großes Interesse bei unseren Jugendlichen an der jüngeren deutschen Geschichte vorhanden ist.

Für mich bedeutet das, dass wir als Opfer und Widerständler der SED-Diktatur die letzten unmittelbaren Zeitzeugen sind. Es ist wichtig, dass wir das authentische Wissen über unsere Erlebnisse und Erfahrungen weitergeben, damit diese nicht in Vergessenheit geraten.

Kurt Schleppe

Nach Schlägen und Kaltwasserschüben folgten verführerische Töne

Heinz Unruhs nicht enden wollender Weg durch die brutale Maschinerie der Sowjets – 10. Teil

Mit großem Interesse haben die Leserinnen und Leser unserer Zeitung in neun Folgen die Fortsetzungsreihe unseres Kameraden Heinz Unruh über seine Haftzeit und die Zustände in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter der sowjetischen Gewaltherrschaft mit verfolgen können. Der persönliche Bericht verdeutlicht, wie es durch militärische Gewalt und politische Willkür zur späteren sozialistischen Diktatur der SED im östlichen Teil Deutschlands kommen konnte.

10. Teil:

Fortsetzung aus 731

Der Balte fragte mich, bei welchem Vernehmer ich gewesen sei und wem ich demzufolge meinen fürchterlichen Zustand verdankte. Ich wollte eine Antwort heraus krähen und mich dann schnell in eine Ecke kauern, um mich ein wenig zu erholen. Doch ich bekam kein Wort heraus und ich gelangte auch nicht in eine Ecke der Zelle, denn fast im selben Augenblick wurde die Zellentür schon wieder aufgerissen und ein Posten mit einem verbissenen Gesichtsausdruck zeigte auf mich und zischte: „Dawai, dawai!“

Ich taumelte vor Angst aus der Zelle und stolperte zähneklappernd in den Flur. Ohne mir dessen recht bewusst zu sein, hastete ich vom Posten durch Hiebe und Schreie angetrieben durch die Gänge, über Treppen und durch weitere Flure, bis ich vor einer großen grauen Tür stehen bleiben musste. Der Posten klopfte, riss dann die Tür auf und schob mich ins Innere eines fast luxuriös möblierten Zimmers.

Eine milde, geradezu angenehme Wärme umgab mich. Ehe ich mich versah, wurde ich auf einen rohen Schemel gedrückt. Ich hatte Schmerzen, im Gesicht, am Körper, überall. Und ich war müde und erschöpft und hätte am liebsten die Augen geschlossen und geschlafen.

Doch da stand breitbeinig dieser widerliche Major vor mir. Er hatte schon auf mich gewartet. Ein Stück hinter ihm, direkt unter dem Bild des Diktators Stalin, lauerten Hauptmann Uschakow und der Dolmetscher. Wie aus einer unendlichen Ferne hörte ich die Stimme

des Übersetzers auf mich einreden: „Nun, wirst du uns jetzt die volle Wahrheit über deine verbrecherische Spionagetätigkeit gegen die Sowjetunion, die die kapitalistische Welt vor dem Faschismus gerettet hat, sagen?“

Häftlings = Schicksal

Ich versuchte krampfhaft, meine Gedanken zu ordnen. Es gelang nur ein bisschen. Schmerzen und Kälte setzten mir massiv zu. Ich begriff lediglich, dass ich mich nicht Kleinkriegen lassen durfte. Wenn ich etwas gestand, was ich nicht getan hatte, waren all die erlittenen Qualen umsonst gewesen.



Schließlich hatte ich mich halbwegs gefasst. Ich stammelte, ich sei unschuldig. Weder sei ich ein Spion noch hätte ich an Hinrichtungen teilgenommen. Jene Erschießung von sieben Sowjetbürgern, die mir nun vorgehalten wurde, habe stattgefunden, als ich noch gar nicht bei der Wehrmacht gewesen sei. Und die Einheit, zu der ich später gezogen wurde, habe nie in der betreffenden Region gekämpft. Was ich damals in Eberswalde gesagt hätte, sei ein durch Gewaltanwendung erzwungenes Geständnis gewesen.

Danach wartete ich mit geschlossenen Augen, bis der Dolmetscher meine Worte übersetzt hatte. Als

der Dolmetscher ausgeredet hatte, öffnete ich die Augen wieder. Ich sah in fassungslose Mienen mit starrenden Blicken. Die Sowjets begriffen nicht, dass ich weiterhin leugnete. Egal, wie schlimm das inzwischen Erlebte schon gewesen war, bekam ich nun wieder Angst.

Und dies nicht zu Unrecht. Der Major stieß auf einmal einen Schrei aus, danach rannte er wie angestochen um den Schreibtisch. Als er wieder vor mir stand, war er im Gesicht dunkelrot. Er holte aus und hämmerte mir die rechte Faust in das ohnehin zerschlagene Gesicht. Ich fiel nach hinten und fand mich auf dem Boden wieder. Instinktiv krümmte ich mich zusammen, aber die schweren Tritte des Majors, der korrekt blank geputzte Schaftstiefel trug, konnte ich ebenso wenig verhindern wie die der beiden anderen Offiziere. Ich verlor das Bewusstsein und kam erst wieder zu mir, als ich mich erneut in der Wasserzelle im Keller befand. Ein hämisch lachender Posten, der mich offenbar hierher geschleppt hatte, zielte mit dem Schlauch auf mich. Das eiskalte Wasser traf mich mit hartem Strahl im Gesicht und trieb mich zwangsläufig durch die Zelle. Immer wenn ich mich unter dem offenen Fenster befand, wo von draußen die frostige Winterluft auf mich herabfiel, brachte er mich zu Fall. Dabei feixte er und bedachte mich mit Flüchen, die ich kaum verstand. Dass er meine schäbige Kleidung, die er mir zwischendurch vom Leib gerissen haben musste, auch nass gespritzt hatte, bekam ich erst mit, als ich mich erneut im Raum des Majors befand und dort wassertriefend und frierend auf dem Schemel saß.

Wie viel Zeit war inzwischen vergangen? Ein Tag, zwei? Eine Woche? Ein ganzes Leben?

Der Major redete jetzt mit leiser Stimme, er wirkte gemäßigt, dennoch unberechenbar wie ein Raubtier, das gleich auf sein wehrloses Opfer zustürzen wird. Ich muss gestehen, dass es mir gut tat. Nach den schweren Misshandlungen etwas Frieden zu finden, das war wohltuend, und ich ließ mich nur zu gern einlullen. Dabei war es mir egal, was er sagte.

☛ Seite 22 oben

Selbst wenn er jetzt mein Todesurteil verkündet hätte, wäre ich dankbar für die Ruhe und die Wärme gewesen. So am Boden zerstört und erschöpft fühlte ich mich.

In die russisch gesprochenen Worte des Majors mischte sich dann die Stimme des Dolmetschers. Er sprach deutsch, und das verstand ich. „Hör mal, Heinz, diese ganzen westlichen Geheimdienste sind es doch nicht wert, dass du dich für sie aufopferst, dass du deinen Kopf für sie hinhältst. Du bist im Schachspiel der Großen nicht mehr als minderwertiger Bauer, der geopfert wird. Warum gibst du nicht einfach zu, dass du ein kleiner Agent bist, den die Kapitalisten mit ein paar kleinen Aufträgen zu uns geschickt haben? Du könntest dir jede weitere Unannehmlichkeit ersparen, und wir würden dir beweisen, wie human das kommunistische System ist. Oder hältst du uns für Unmenschen?“ Der Dolmetscher und der Major blickten gemeinsam zum Gemälde von Stalin. „Der große, weise Generalissimus schätzt das deutsche Volk. Es sind nur die Hitlers und ihre Gefolgsleute, die er vernichten wird. Und natürlich auch die englischen und amerikanischen Kapitalisten, die ihm weiterhin den Krieg erklärt haben. Aber das deutsche Volk ist es wert, den Kommunismus zu erleben.“ Der Dolmetscher machte eine Pause, er blickte zum Major, der beinahe gelangweilt in seinem Sessel saß und in einer Zeitschrift blätterte. Es war ein Satiremagazin namens Krokodil, das er nun herüberschob. Ich bekam eine Karikatur zu sehen. Ein Karren befand sich in der Mitte der Zeichnung. Auf dem Karren saßen fette Amerikaner und Engländer, die Geldsäcke transportierten. Sie schlangen die Peitschen über den Köpfen der Zug-Tiere. Nein, keine wirklichen Zug-Tiere, sondern ebenfalls Menschen, die als deutsche Michel ausgemergelt und gequält den Karren voranzubringen hatten. Hinter dem Karren schritt ein feister Pfaffe, der ein Kreuz schwang und die Leute auf dem Karren segnete.

Ich hörte, wie der Major mit seiner absichtlich sanft gehaltenen Stimme wieder russische Sätze zu mir sprach. Allein das Hören und

Schauen strengte mich dermaßen an, dass mir schwarz vor Augen wurde und ich bewusstlos von meinem Schemel sank.

Diesmal ließen sie mich nicht lange liegen. Starke Arme fassten nach mir und rissen mich hoch. Ich öffnete Augen und sah das Gesicht eines Postens vor mir. Der Major und der Dolmetscher hatten den Raum verlassen. Der Posten gab mir einen Stoß und trieb mich aus dem Zimmer in den Flur. Ich dachte, wenn du nun wieder in die Wasserzelle musst, wirst du das nicht mehr überstehen. Doch ich kam mit dem Leben davon. Diesmal jedenfalls. Ich wurde in meine Zelle zurückgejagt und durfte auf der Pritsche liegen. Und egal, dass mich die Kameraden mit zahllosen Fragen bestürmten und meine Kleidungsstücke immer noch nass waren, schlief ich im selben Augenblick ein.

Das Erwachen am nächsten Morgen war dann in mehrfacher Hinsicht ein Schock. Ich fühlte mich elend wie selten im Leben und musste überhaupt erst begreifen, wo ich mich befand und was geschehen war. Lebte ich überhaupt noch?

Zum anderen erfuhr ich von den Zellenkameraden, dass nachts wieder Todeskandidaten fortgeschafft worden waren. Man hatte sie mit den üblichen Methoden über den Hof bugsiert und dann der Hinrichtung zugeführt.

Ich bekam jetzt wieder „normale“ Verpflegung, die ich nur mühsam hinunterbrachte. Ich fürchtete mich vor neuen Verhören, vor den Schlägen, Tritten und dem kalten Wasser. Ich hoffte, dass man mich nicht holen würde.

Nein, getäuscht. Es gab kein Pardon. Die Verhöre wurden fortgesetzt. Nicht nur an diesem Tag. Abend für Abend ließ mich Hauptmann Uschakow abholen. Er erwartete mich an seinem Schreibtisch, etwas abseits saß die Dolmetscherin, die mich beständig mit ihrem bohrenden Blick fixierte.

Die Verhöre hatten nun einen anderen Charakter. Ich gab jetzt alles zu. Ich weiß nicht, wie es kam, aber ich war leer und widerstandslos. Alles, was mir der Hauptmann durch die Übersetzung der Dolmetscherin in den Mund legte, nickte ich ab. Es waren jene „Geständnisse“, die ich in Eberswalde unterzeichnet hatte.

Spendenaufruf!

Liebe Kameradinnen und Kameraden, wie in dieser Fg (besonders Seite 4) beschrieben, ist die Lage der VOS so ernst wie noch nie. Zur Rettung und Stabilisierung der VOS rufen wir deshalb unsere Mitglieder zu Spenden auf. Ein Kamerad aus dem Breisgau, immerhin Mitglied seit dem 01.02.1960, unterbreitete den Vorschlag, wie schon im Jahr 2007, zur Spende einer "Opferrente" aufzurufen. Dies kann natürlich nicht jeder. Wir sind aber immer noch gut eintausendfünfhundert Mitglieder. Sollte sich jedes Mitglied zu einer Spende von 30 € durchringen, wie es von der BG Rhein-Ruhr vorgeschlagen wurde, wäre dem Verband sehr geholfen. Vorsorglich wurde dieser Fg ein Zahlschein beigelegt.

Der Bundesvorstand

Ich fügte dem nichts hinzu. Ich ließ mich als Kriegsverbrecher, Spion und Feind der Sowjetunion bezeichnen und schwieg, als der Hauptmann mit gieriger Genugtuung jene Lügen aufschrieb, die mich zum Verurteilten machen würden und ihm vermutlich eine Beförderung einbrachten. Hatte er es doch geschafft, mich „zu überführen“.

Es waren Berge von Seiten, die sich allmählich türmten und die ich mit schwacher Hand unterschrieb. Welchen Wortlaut die Niederschriften enthielten, wusste ich nicht. Auch wenn die Dolmetscherin immer wieder mal eine Passage erklärte und ich dann nickte und manchmal ein Ja oder ein Soso dazu murmelte. Ich fragte mich vielmehr, ob ich das war, der hier saß oder nur meine körperliche Hülle.

Heinz Unruh

Der Beitrag wurde durch den Fg-Redakteur textlich umgearbeitet.

Stand Original Manuskript: S. 33

Anm.: Aus Datenschutzgründen wurden einige Namen geändert.

Das Foto S. 21 (© A.R.) entstand im Innenhof des Potsdamer Stasi-Knasts, in dem die Sowjets die Häftlinge verhörten. Es zeigt den Eingang zu einem der fünf engen Freihofkäfige, die bis zuletzt genutzt wurden. Aufenthalt. ca. 25 Minuten

Jeder neuer Lebenstag als Triumph über seine Peiniger Gerhard „Charly“ Rau

Gerhard „Charly“ Rau wurde mit 16 Jahren das erste Mal verhaftet, als er am 7. Oktober 1969, am Tag des 20. Geburtstags der DDR wie hunderte andere Jugendliche ein Konzert miterleben wollte, das die „Rolling Stones“ auf dem Dach des Axel-Springer-Hauses, damals direkt an der Mauer gelegen, angeblich geben sollten. Ein RIAS-Moderator der Jugendsendung Treffpunkt hatte bei der Ansage eines Stones-Titels gescherzt, dass es doch toll wäre, wenn die Stones am Jahrestag der DDR auf dem Springer-Hochhaus auftreten würden.



Obwohl auf Veranlassung des leitenden Redakteurs noch während der Sendung mehrmals darauf hingewiesen wurde, dass es sich um einen Scherz gehandelt habe, war das Gerücht nicht mehr zu stoppen. Jugendliche aus der ganzen Republik machten sich auf nach Berlin. Sie wurden von den bewaffneten Organen der DDR aus den Zügen und aus den S-, und U-Bahnen geholt. Wer nach Berlin-Mitte durchkam, wurde in die Baugruben der künftigen Hochhäuser der Leipziger Straße getrieben und namentlich er-

fasst. Oberschüler und Studenten wurden danach relegiert. Charly, der sich bei seiner Festnahme gewehrt hatte, bekam seine erste Gefängnisstrafe, die ihm später als „Wiederholungstäter“ siebzehn Jahre DDR-Knast einbrachte, darunter viele Jahre Einzelhaft, zum Teil in Kellerzellen. Nachdem er 1987 in den Westen entlassen worden war, begann Charly, sich als Sozialarbeiter um Gefangene zu kümmern. Bald nach dem Mauerfall gehörte er zu den ehemaligen politischen Häftlingen, die sich bemühten, aus der Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit eine Gedenkstätte zu machen. Mit Erfolg. Heute hat die Gedenkstätte über 340.000 Besucher jährlich. Charly machte

dort Führungen, bis es ihm sein Gesundheitszustand nicht mehr erlaubte. In den letzten Lebensjahren musste er immer wieder klinisch behandelt und operiert werden. Unter anderem hatte sich eine gebrochene Rippe in seine Lunge gebohrt und war dort eingewachsen. Er litt unter unerträglichen, zum Schluss nur mit Morphium zu lindern den Schmerzen, die er tapfer ertrug, weil jeder neuer Lebenstag ein Triumph über seine Peiniger war. Sein Wunsch, sechzig zu werden, hat sich nicht erfüllt. Er starb mit 59 Jahren in Berlin. Seine Witwe hatte mit ihrer schmalen Rente kein Geld für einen ordentlichen Grabstein. Dank vieler Spenden, vor allem von Achselesern und Referenten der Gedenkstätte Hohenschönhausen, hat Charly nun ein würdiges Grab.

Ich danke hiermit noch einmal allen Spendern ganz herzlich!

Vera Lengsfeld

Prof. Dr. Günter Brendel

Am 7. Oktober 2013 hörte ein tapferes Herz auf zu schlagen. Unser Kamerad Prof. Dr. Günter Brendel verstarb mit 85 Jahren an den Folgen seiner langjährigen KZ-Haft. Die Lücke, die er hinterlässt, lässt sich nicht schließen. Mit ihm geht einer der letzten Zeitzeugen von uns und mit ihm geht auch das Wissen um die grauenvollen Vorgänge im KZ-Lager Bautzen (Gelbes Elend). Die unmenschliche Behandlung durch sowjetische und deutsche Kommunisten konnte seine unbeugsame Haltung nicht brechen. Kamerad Brendel überstand Dunkel-Arrest, Einzelhaft und strenge Isolierung. Selbst die äußere Kennzeichnung der Häftlingskleidung – mit den breiten roten Streifen – die auf die Gefährlichkeit und die Verworfenheit des Trägers hinweisen sollten, empfand er als Auszeichnung. Nach seiner Entlassung aus dem KZ Bautzen ging Günter Brendel in den freien Westen, von wo aus er aufgrund seiner Erfahrung und seiner Erlebnisse den Kampf mit dem verbrecherischen kommunistischen System fortsetzte. Ich höre noch seine Worte, in denen er von einer „gefährlichen Krankheit“ sprach, die schlimmer sei als Pest, Cholera oder Krebs. Damit meinte er den Kommunismus.

Nun ist sein Kampf zu Ende. Seine Worte jedoch sollten wir nicht vergessen. Und wir verneigen uns auch vor diesem Toten und geloben, in unserer Aufmerksamkeit nicht nachzulassen, bis wir diese tödliche Krankheit namens Kommunismus überwunden haben.

Heinz Unruh

als Kamerad und Weggefährte
Die Bundes VOS/ Red. Freiheitsgl.
Landesgr. Hessen/Rheinland-Pfalz.

Wir trauern um

Klaus Schmidt
Prof. Dr. Günter Brendel
Erika Holsten-Warncke
Norbert Hesse
Annelise Schulz
Manfred Pladeck
Günther Mochan
Ludwig Liebeskind
Manfred Grünert

Bezirksgruppe Hannover
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Bezirksgruppe Saarland
Bezirksgruppe Erfurt
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland
Bezirksgruppe Berlin
Bezirksgruppe München
Bezirksgruppe Ulm
Bezirksgruppe Freiburg

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Die gute alte Zeit

Ach, war der Sozialismus schön
Nun müssen alle selber sehn
Was werden wird und wo sie bleiben
Und blicken nach vergang'nen Zeiten

Ein Lug- und Trugbild ist zerbrochen,
Das in allen Ecken nach Moder hat gerochen
Wenn Wahrheit kommt ans Tageslicht
Gar manchem sein Idol zerbricht

Nun, liebe Leute, seid so gut
Und fasst euch für die Zukunft Mut.
Denn unsre „gute alte Zeit“
Ist fortan nur Vergangenheit.

Die Wahlen stehen vor der Tür,
Nicht PDS, das rat ich dir.
Sonst wird alsbald mit Heiligschein
Die Vergangenheit die Zukunft sein.

Der Name des Verfassers wurde nicht mitgeliefert

Das vorstehende Gedicht wurde von VOS-Kamerad Joachim Bergter eingesandt. Er hat es bereits 1989/90 während des Untergangs der DDR notiert, als er einem (damals noch) DDR-Bürger begegnete und dieser ihm das kleine satirische Werk, das es allemal in sich hat, vorlas. Das Gedicht beschreibt die Stimmungslage in dem sächsischen Volkseigenen Betrieb, in dem der Verfasser seinerzeit gearbeitet hat und erinnert hintergründig an die mannigfachen Diskussionen, die seinerzeit eingesetzt hatten und die das Neue Forum und den Runden Tisch ins Leben gerufen hatte.



Damals sahen die Menschen mit Hoffnung, Ungewissheit, mit Mut, aber auch mit Sorge in die Zukunft. Die Gefühlslage war bei den Einzelnen unterschiedlich, sie wird jedoch in dem Gedicht trotz dessen Kürze exakt wiedergegeben. Dass wir das Gedicht in der Fg veröffentlichen ist zum einen der November-Erinnerung an 1989 geschuldet, zum anderen liegt die Bestätigung der ausgedrückten Sorge darin, dass sich die alten Kader und Funktionäre schnell in gut bezahlten Positionen und Posten einrichten. Denn wer wüsste nicht, wo wer an welchen Schalthebeln des heutigen Systems sitzt und die Opfer und Gescheiterten aus der SED-Diktatur mit einem hämischen Grinsen darauf hinweist, dass sich Widerstand und Aufrichtigkeit vielleicht doch nicht unbedingt lohnen. *J.B. / FG*

Das Foto (© A.R.) zeigt ein Segment der Eastside gallery in Berlin, einer überaus gefragten Touristenattraktion.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten:

Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. 186 25 501 bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 80

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- | | |
|---|---------|
| – einheitlich für alle Mitglieder ab 2013 | 45,00 € |
| – Ehepartner | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Ausgabe 735 erscheint (unter Vorbehalt) im Januar 2014

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 733/4: 25. Nov. 2013